



Selbstreinigender Saubermann: Marineoffizier Rolf Johannesson inszenierte sich fälschlich als Gegner des Naziregimes. Der Bundesmarine gilt er als traditionswürdig. Von Helmut Donat

# Material für den Krieg

## Waffen, Munition, Logistik: Deutsche Lieferungen an Kiew

### Nach Auskunft der Bundesregierung gelieferte »militärische Unterstützungsleistungen«:

(Stand: 30. August 2023, Änderungen im Vergleich zur Vorwoche in fett.)

### Gepanzerte Gefechtsfahrzeuge

- **20 Kampfpanser »Leopard 1 A5«\* (zuvor: zehn)**
- 28 Mehrzweckfahrzeuge mit Kette Bandvagn 206 (BV 206)\*
- 138 MG3 für »Leopard 2«, »Marder« und »Dachs«
- Munition für Kampfpanser »Leopard 1«\*
- 18 Kampfpanser »Leopard 2 A6« mit Munition (deutscher Anteil am gemeinsamen Projekt mit weiteren »Leopard 2«-Nutzerstaaten)
- 40 Schützenpanzer »Marder« mit Munition (aus Bundeswehr- und Industriebeständen\*)
- 50 Allschutztransportfahrzeuge »Dingo«
- 54 gepanzerte Truppentransporter M113 mit je zwei MG\* (Systeme aus Dänemark, Umrüstung durch Deutschland finanziert)
- Ersatzteile für »Leopard 2« und »Marder«

### Luftverteidigung

- **drei Luftraumüberwachungsradare TRML-4D\* (zuvor: zwei)**
- »PATRIOT«-Flugkörper
- zwei Startgeräte »IRIS-T SLS«\*
- zwei »PATRIOT«-Startgeräte
- 46 Flakpanzer »Gepard« inkl. 21.042 Schuss Flakpanzermunition\*
- zwei Luftverteidigungssysteme »IRIS-T SLM«\*
- Flugkörper »IRIS-T SLM«\*
- ein Luftverteidigungssystem »PATRIOT« mit Flugkörpern
- 55.000 Schuss Flakpanzermunition »Gepard«
- 4.000 Schuss Flakpanzerübungsmunition
- 500 Fliegerabwehrraketen »Stinger«
- 2.700 Fliegerfäuste »Strela«

### Artillerie

- 17.000 Schuss 155-mm-Nebelmunition
- zwei Radhaubitzen »Zuzana 2«\* (Projekt gemeinsam finanziert mit Dänemark und Norwegen)
- 15.510 Schuss 155-mm-Artilleriemunition
- 155-mm-Präzisionsmunition\* (»Smart«, »Vulcano«)
- fünf Mehrfachraketenwerfer »MARS II« mit Munition (deutscher Anteil am gemeinsamen Projekt mit den USA und Großbritannien)
- Munition für Mehrfachraketenwerfer »MARS II«
- 14 Panzerhaubitzen 2000 (deutscher Anteil am gemeinsamen Projekt mit den Niederlanden)
- 20 70-mm-Raketenwerfer auf Pick-up-Trucks mit Raketen\*
- ein Artillerieortungsradar »Cobra«\*
- zehn Laserzielbeleuchter und tragbare Feuerleitmodule für »Vulcano«-Artilleriemunition\*

Quelle: [www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2054514](http://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2054514). (An dieser Stelle sind zusätzlich auch die geplanten Lieferungen aufgeführt.)

### Pionierfähigkeiten

- Material für Kampfmittelbeseitigung (aus Bundeswehr- und Industriebeständen\*)
- sechs Minenräumpanzer »Wisent 1«\*
- elf Minenräumpflege für T-72\*
- 18 schwere und mittlere Brückensysteme und zwölf Spezialanhänger
- fünf Brücken für Brückenlegepanzer »Biber«
- zehn Brückenlegepanzer »Biber«\*
- 15 Bergepanzer 2\*
- zwei Bergepanzer 3
- fünf Pionierpanzer »Dachs«\*
- drei mobile, ferngesteuerte und geschützte Minenräumgeräte\*
- zwölf mobile und geschützte Ahlmann-Minenräumgeräte\*

### Schutz- und Spezialausrüstung

- **104 Aufklärungsdrohnen »Vector«\* (zuvor: 88)**
- 103 Drohnensensoren\*
- 60 Aufklärungsdrohnen RQ-35 »Heidrun«\*
- 28 Bodenüberwachungsradare »Ground Observer 12«\*
- 182 Grenzschutzfahrzeuge\*
- 1.288 Doppelfernrohre
- 20.600 Schießbrillen (aus Bundeswehr- und Industriebeständen\*)
- fünf mobile Aufklärungssysteme »Surveilspire«\*
- 47 mobile Antennenträgersysteme\*
- zehn Störsender\*
- 57 Drohnenabwehrensensoren und -jammer\*
- zwei Ersatzteilkästen für »Vector«-Drohnen
- 40 Bandbreitenerweiterungen für elektronische Drohnenabwehrgeräte\*
- ein Frequenzscanner/Frequenzjammer\*
- 32 Aufklärungsdrohnen\*
- 40 Laserzielbeleuchter\*
- zehn Überwasserdrohnen\*
- zehn Antidrohnenkanonen\*
- 28.000 Gefechtshelme
- ein Radiofrequenzsystem
- 3.000 Feldfernsprecher mit 5.000 Rollen Feldkabel und Trageausrüstung
- 353 Nachtsichtbrillen\*
- zwölf elektronische Drohnenabwehrgeräte\*
- 165 Ferngläser\*
- 38 Laserentfernungsmesser\*
- sechs Hauptentgiftungsplätze HEP 70 inklusive Lkw und Material zur Dekontaminierung
- zehn HMMWV-Fahrzeuge (»Humvees«; achtmal Bodenradarträger, zweimal Jammer/Drohnenenträger)\*
- ein Hochfrequenzgerät inkl. Ausstattung\*

### Logistik

- **46 Schwerlastsattelzüge 8x8 HX81 und 41 Auflieger\* (zuvor: 42/37)**
- 156 Lkw »Zetros«\*
- 34 Wechselladesysteme 15 t\*
- sechs Lkw 8x6 mit Wechselladesystem und 21 Abrollplattformen\*
- 14 ferngesteuerte Kettenfahrzeuge »Themis«\*

- 288 Kraftfahrzeuge (Lkw, Kleinbusse, Geländewagen)
- 179 Pick-ups\*
- zwölf Schwerlastsattelzüge Oshkosh M1070\*
- 35 Lkw 8x8 mit Wechselladesystem
- 30 sondergeschützte Fahrzeuge\*

### Durchhaltefähigkeit

- **35,63 Millionen Schuss Handwaffenmunition (zuvor: 22,51)**
- ein Feldhospital\*
- 100 Maschinengewehre MG5\*
- 300.000 Erste-Hilfe-Kits\*
- 44 Krankenkraftwagen\*
- acht Sterilisatoren Zahnmedizin
- 107.712 Schuss 40-mm-Munition\*
- 11.000 Einheiten Gruppenverpflegung
- 103.000 Tourniquets
- 500 Pistolen SFP9\*
- zwei Hangarzelte\*
- acht Gabelstapler\*
- 295 Stromerzeuger
- zehn Wintertarnnetze
- 168 Feldheizgeräte\*
- 36.400 Wolldecken
- 14.000 Schlafsäcke
- Mi-24-Ersatzteile\*
- Ersatzteile schweres Maschinengewehr M2
- 200 Zelte
- 116.000 Kälteschutzjacken
- 80.000 Kälteschutzhosen
- 240.000 Wintermützen
- 405.000 Rationen Einzelpersonenpackungen
- 67 Kühlschränke für Sanitätsmaterial\*
- 3.000 Patronen »Panzerfaust 3« zuzüglich 900 Griffstücke
- 14.900 Panzerabwehrminen (davon 9.300\* aus »Ertüchtigungsinitiative«)
- 50 Bunkerfäuste zuzüglich 15 Griffstücke
- 100 Maschinengewehre MG3 mit 500 Ersatzrohren und Verschlüssen
- 100.000 Handgranaten
- 5.300 Sprengladungen
- 100.000 Meter Sprengschnur und 100.000 Sprengkapseln
- 350.000 Zünder
- 100 Autoinjektoren
- 15 Paletten Bekleidung
- 1.200 Krankenhausbetten
- 18 Paletten Sanitätsmaterial, 60 OP-Leuchten
- Schutzbekleidung, OP-Masken
- ein Feldlazarett (Projekt gemeinsam finanziert mit Estland)\*
- Sanitätsmaterial (unter anderem Rucksäcke, Verbandspäckchen)
- Kraftstoff: Diesel und Benzin\*
- zehn Tonnen AdBlue\*
- 500 Stück Wundauflagen zur Blutstillung\*
- MiG-29-Ersatzteile\*
- 7.944 Panzerabwehrhandwaffen RGW 90 »Matador«\*

\* Es handelt sich um eine aus Mitteln der »Ertüchtigungsinitiative« finanzierte Lieferung der Industrie. Mit den Lieferungen sind teilweise Instandsetzungsmaßnahmen verbunden oder die Produktion dauert noch an; zudem erfolgen teilweise noch Ausbildungsleistungen.

Mittwochs aktualisiert die Bundesregierung auf ihrer Internetseite die nebenstehend abgedruckte »Liste der militärischen Unterstützungsleistungen« für Kiews Armee. In dieser Woche, in der weltweit am Antikriegstag der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch den deutschen Faschismus am 1. September 1939 gedacht wird, sind unter anderem hinzugekommen: zehn »Leopard 1 A5«-Panzer, 16 »Vector«-Aufklärungsdrohnen und 13,12 Millionen Schuss Handwaffenmunition.

An diese Aufstellung schließt sich eine Liste deutscher »Unterstützungsleistungen in Vorbereitung/Durchführung« an, die für den Abdruck auf dieser Seite zu lang ist. Angekündigt werden dort zum Beispiel weitere 60 »Marder«-Schützenpanzer, 90 »Leopard«-Kampfpanser, sechs »Gepard«-Flakpanzer, 25.500 Schuss Artilleriemunition im NATO-Kaliber 155 Millimeter und 32 Radhaubitzen.

Finanziert wird alles einschließlich Ausbildung durch die »Ertüchtigungsinitiative« der Bundesregierung, für die allein im Jahr 2023 5,4 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Für die Folgejahre sind bislang 10,5 Milliarden Euro vorgesehen. Die Bundesrepublik ist jetzt hinter den USA und Polen drittgrößter Waffenlieferant Kiews. Berlin nennt das militärische Hilfe »für die Ukraine«, obwohl Kiew die gelieferten Waffen nicht nur gegen russische Truppen, sondern auch gegen die Zivilbevölkerung der Ostukraine einsetzt. Bis zum Februar 2022 kostete dieser 2014 von Kiew begonnene Krieg nach UN-Angaben mehr als 14.000 Menschenleben. Diese Opfer werden im Westen ignoriert.

Kiew und seiner deutschen Lobby reicht die bisherige Militärhilfe nicht. Am Donnerstag verlangte Kiews Außenminister Dmitro Kuleba als Gast eines EU-Außenministertreffens im spanischen Toledo deutlich mehr, darunter »Kampfflugzeuge der neuesten Generation« und deutsche »TAURUS«-Marschflugkörper: »Sie helfen, den Krieg schneller zu beenden.« Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) stimmte zu: »Wir investieren hier in den Frieden Europas.« Am selben Tag vereinbarte Kiew mit dem größten britischen Rüstungsunternehmen BAE Systems gemeinsame Waffenproduktion. Der deutsche Konzern Rheinmetall gründete bereits im Mai in der Ukraine ein Gemeinschaftsunternehmen für Panzer.

Die Lieferliste der Bundesregierung wird künftig erheblich umfangreicher sein.

Arnold Schölzel

### Drohende Sanktionen

EU-Außenminister wollen Putsche in Afrika eindämmen. Siehe Kommentar Seite 8

2

### Politische Zensur

»Digital Services Act« soll Macht von Internetmonopolisten einschränken. Von Sebastian Edinger

3

### Schöner Schein

Selbstbestimmungsgesetz: Entwurf lässt Raum für Diskriminierung und Pauschalverdächtigungen

15

**jW** wird herausgegeben von 2.732 Genossinnen und Genossen (Stand 25.8.2023)  
[www.jungewelt.de/lpg](http://www.jungewelt.de/lpg)



# »Reiche heizen den Planeten auf«

Wassermangel: Oxfam-Bericht macht auf Krisenszenarien in verschiedenen Weltregionen aufmerksam.

Ein Gespräch mit Ludwig Gloger

**Der soeben vorgelegte Oxfam-Bericht »Water Dilemmas« beschreibt die Klimakrise als Wasserkrise. Was sind die grundsätzlichen Aspekte?**

Es geht prinzipiell nicht nur um neue Erkenntnisse, sondern auch um bereits vorhandenes Wissen, das oft in Vergessenheit gerät. Der Bericht beschreibt für die Wasserversorgung kritische Szenarien in 20 Klimahotspotländern in vier Regionen



Ludwig Gloger ist Referent für humanitäre Hilfe bei Oxfam

durch wasserintensive landwirtschaftliche Nutzung ist ein Problem. Die Industrie, etwa mit ihren

Baumwollplantagen, ist hier ein gewichtiger Akteur. Dazu kommt noch die Verschmutzung der wenigen Wasserressourcen in diesen Ländern durch illegale Deponien und Einleitungen. Hier fehlt es an Gesetzen und Rahmenbedingungen sowie Kontrollinstanzen. In diesen Regionen treffen auch eine Vielzahl von Kon-

flikten aufeinander und verschärfen vorhandenen Wasserstress. Das hängt alles nicht direkt mit den Klimaveränderungen zusammen, wird aber mitverursacht und verstärkt durch das ausbeuterische Verhalten der Industrienationen.

**Welche Optionen gibt es, um dem Wasserstress zu begegnen?**

Für uns ist der düstere Hintergrund die Klimungerechtigkeit: Reiche verschmutzen und heizen den Planeten auf, während die Armen die Hauptlast tragen. Emissionen müssen global drastisch reduziert, es muss in Wassersicherheit und nachhaltiges Wassermanagement investiert, die am stärksten betroffenen Personen müssen durch Frühwarnungen und vorausschauendes Handeln geschützt und auch finanziell entschädigt werden. In der Kampagne »Klimakiller zur Kasse« fordern wir, dass die Menschen in wirtschaftlich benachteiligten Ländern des globalen Südens bei der Bewältigung der Klimakrise endlich angemessen unterstützt werden. Das gilt finanziell wie in der Bereitstellung von Informationen und Technologien. Als Hauptverantwortliche der Klimakrise müssen Industrieländer, Konzerne und Superreiche für die im globalen Süden angerichtete Zerstörung bezahlen. Etwa durch eine Übergewinnsteuer und Abgaben auf fossile Brennstoffe.

**Die Schlussfolgerungen appellieren gänzlich an wohlhabende Länder. Sind die in Ihrem Bericht erwähnten Länder also machtlos im Kampf gegen Wasserstress?**

Ja, das trifft in direkter Hinsicht zu. Indirekt bedarf es allerdings auch in diesen Ländern eines Abbaus von Korruption und einer Vermeidung von Konflikten, die letztlich auch zu einer Zerstörung von Wasserinfrastruktur führen. Es bleibt aber auch hier die Frage der Mitschuld von Industrieländern an Korruption und Konflikten in diesen Regionen.

Interview: Fabian Linder



**Erfolgreicher Protest gegen Räumung.** Nach dem Bekanntwerden einer für Donnerstag geplanten polizeilichen Räumung im Haus Liebigstraße 34 in Berlin-Friedrichshain versammelten sich am Morgen gut zwei Dutzend Menschen zu einer Mahnwache. Auch einige Farbbeutel wurden in Richtung der Beamten geworfen. Später wurde die Räumung abgesagt. In dem ehemals besetzten Haus leben zur Zeit Familien, die zumeist aus Osteuropa fliehen mussten. Nach der Absage der Räumung entspannte sich die Situation. Bewohner, Polizisten und Demonstranten kamen miteinander ins Gespräch. (IW)

## Brüssel bestraft Putschisten

EU-Außenminister wollen Staatsstriche in Afrika eindämmen

Die EU-Außenminister haben sich am Donnerstag bei ihrem informellen Treffen im spanischen Toledo neben dem Ukraine-Krieg vor allem mit den Putschen in Niger und Gabun befasst. Bei dem Treffen, das passenderweise in der Fábrica de Armas stattfand, einer ehemaligen, Mitte des 18. Jahrhunderts gegründeten Waffenfabrik, standen vor allem Maßnahmen gegen Niger auf dem Programm. Für Sanktionen gegen führende Putschisten und womöglich auch gegen zivile Vereinigungen, die die Militärregierung im Kampf gegen die französische Militärpräsenz unterstützen, hatten sich besonders die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock und deren französische Kollegin Catherine Colonna eingesetzt. Als Gast war Nigerias Präsident Bola Tinubu anwesend, dessen Land bei

einer möglichen ECOWAS-Militärintervention wie auch bei der Durchsetzung von Sanktionen eine Schlüsselrolle innehat.

Während Frankreich eine ECOWAS-Intervention zumindest logistisch unterstützen will und die EU eine finanzielle Beteiligung erwägt, hieß es in Brüssel zu den geplanten Sanktionen, man werde sie so gestalten, dass sie die humanitäre Hilfe für Nigers Bevölkerung nicht behinderten. Das ist blanker Hohn. UNICEF oder das Welternährungsprogramm laufen bereits Sturm gegen die von der EU unterstützten ECOWAS-Sanktionen: Mittlerweile stauen sich 6.000 Tonnen Lebensmittel und Dutzende UNICEF-Container mit Medikamenten vor der nigrischen Grenze, während die Menschen im Land hungern und die medizinische Versorgung leidet. Von

Sanktionen gegen Gabun war dagegen zunächst nicht die Rede. Vor allem in Paris herrscht die Hoffnung, die Putschisten dort würden sich nicht von Frankreich absetzen und die Kooperation mit seinen Konzernen und seinen Streitkräften weiterführen.

Unterdessen blockierte Russland mit seinem Veto im UN-Sicherheitsrat eine Resolution, mit der Sanktionen gegen acht Malier wegen Verstößen gegen ein Friedensabkommen aus dem Jahr 2015 sowie die Entsendung eines UN-Überwachungsorgans verlängert werden sollten. China enthielt sich der Stimme. In Bamako hatte das UN-Gremium Unmut ausgelöst, weil es den westlichen Mächten Stichworte in Sachen Menschenrechte für Kampagnen gegen die malischen Streitkräfte und russische Söldner geliefert hatte.

Jörg Kronauer

## NACHRICHTEN

### Neuer Verteidigungsminister in Großbritannien

London. Der britische Verteidigungsminister Ben Wallace ist zurückgetreten. Das teilte das Büro von Premierminister Rishi Sunak am Donnerstag mit. Der dankte Wallace für dessen »Einsatz und Können«, die er in seiner Amtszeit gezeigt habe. Er habe eine führende Rolle bei der Unterstützung des Westens für die Ukraine im Krieg gegen Russland eingenommen. Er wird ersetzt von Grant Shapps, der innerhalb eines Jahres bereits Verkehrs-, Innen-, Wirtschafts- und Energieminister war. Shapps kündigte an, die Unterstützung für die Ukraine »in ihrem Kampf gegen die barbarische Invasion« ungebrochen fortzusetzen. (AFP/IW)

### Blockade: Regierung in Bergkarabach tritt zurück

Jerewan. In der international nicht anerkannten Republik Arzach (Bergkarabach) ist die Regierung angesichts der seit Monaten andauernden Abrie-

gelung des Gebiets durch Aserbaidschan zurückgetreten. Präsident Araik Arutjunjan entließ am Donnerstag in Stepanakert zunächst Regierungschef Gurgen Nersisjan. Für Freitag kündigte er seinen eigenen Rücktritt an. Zuvor hatten französische Politiker am Mittwoch vergeblich versucht, einen Hilfskonvoi in die armenische Exklave zu schicken. »Unsere zehn Lastwagen mit humanitärer Hilfe sind blockiert«, schrieb die Bürgermeisterin von Paris, Anne Hidalgo, die selbst vor Ort war, im Onlinedienst X. (dpa/IW)

### Berlin: 23.000 Stunden Unterrichtsausfall pro Woche

Berlin. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Berlin hat den Senat der Hauptstadt am Donnerstag zur »Bekämpfung der Bildungskatastrophe« aufgerufen. Zu Beginn des Schuljahres fehlten in der Stadt mindestens 2.000 Lehrkräfte, erklärte die Landesvorsitzende Martina Regulin. Beinahe die Hälfte der 3.255 eingestellten Lehrkräfte habe nur befris-

tete Verträge und keine Lehramtsausbildung. Schon jetzt fielen jede Woche 23.000 Unterrichtsstunden aus, da es an der nötigen Vertretung fehle. Unter dem Notstand »leiden die Schwächsten am meisten«, erklärte die GEW mit Blick auf die Schüler. (IW)

### Stuttgart: Klimaaktivist muss ins Gefängnis

Stuttgart. Weil sie in den Urlaubsflieger stiegen statt in Stuttgart vor Gericht zu erscheinen, sorgten zwei Klimaschützer Anfang des Jahres für Schlagzeilen. Nun sind die beiden im zweiten Anlauf verurteilt worden. Das Amtsgericht Bad Cannstatt in Stuttgart entschied bei einer 23jährigen auf eine Geldstrafe von 900 Euro, weil sie beteuerte, ihr Verhalten zu überdenken. Ihr aus Bayern stammender Freund muss hingegen ins Gefängnis. Das Gericht verurteilte ihn nach Angaben einer Sprecherin von Donnerstag zu einer zweimonatigen Haftstrafe, weil er in der Verhandlung weitere Aktionen ankündigte. (dpa/IW)

# EU-Regeln für Big Tech in Kraft

»Digital Services Act« soll Macht von Internetmonopolisten einschränken und erweitert Möglichkeiten der politischen Zensur. **Von Sebastian Edinger**

Ganze 25 Jahre liegt die Google-Gründung zurück, und vor zwei Jahrzehnten ging Facebook an den Start. Heute gehören deren Mutterkonzerne, Alphabet und Meta, zu den mächtigsten Wirtschaftsakteuren der Welt – auch, weil sie weitgehend im rechtsfreien Raum agieren und Monopolrenditen keinerlei Schranken gesetzt sind. Aufkommende Konkurrenten werden geschluckt oder zerstört. Nutzerinformationen werden an Datenhändler verhökert, die sie sammeln und aufbereiten, um die Menschheit mit personalisierter Werbung zuzumüllen; Kinder und Jugendliche werden abhängig gemacht und von einer Bezahlfrage in die nächste gejagt. Am vergangenen Freitag ist in der EU nun der Digital Services Act (DSA) für die sehr großen Plattformen und zwei sehr große Suchmaschinen in Kraft getreten, er soll dieses Treiben in geordnete Bahnen lenken. Und ist, was politische Zensur angeht, mit einem bedrohlichen Machtzuwachs für die Behörden verbunden.

Bei der Erarbeitung der Vorschriften hat sich die EU-Kommission erstaunlich lobbyresistent gezeigt. Die betroffenen Konzerne haben weder Kosten noch Mühen gescheut, um die Regeln zu verwässern, wie etwa die lobbykritischen Organisationen Corporate Europe Observatory und Lobby Control mehrfach aufgezeigt haben. Auch der wiederholte Versuch, Big-Tech-Vertreter in den Konsultationen als Repräsentanten kleiner und mittlerer Unternehmen zu tarnen, hat nicht verfangen. Das Gros der geplanten Regeln hat den Prozess überstanden. Und seit Freitag gelten sie für 19 Internetkonzerne in vollem Umfang. Das sind jene, die den DSA-Schwellenwert von monatlich 45 Millionen aktiven Nutzern überschreiten und deshalb als Very Large Online Platform (VLOP) oder Very Large Online Search Engine (VLOSE) eingestuft werden.

Neben Alphabet und Meta gehören dazu auch Apple, Tiktok, Booking.com und Bing. Die Shoppingplattformen Amazon und Zalando haben gegen ihre VLOP-Einstufung Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof eingelegt. Amazon beklagt Wettbewerbsverzerrungen, weil andere große Onlineshops nicht aufgeführt wurden. Zalando argumentiert im Prinzip, aufgrund der guten Qualität des eigenen Angebots wäre die EU mit ihren DSA-Regeln an der falschen Adresse. Aufschiebende Wirkung



»Wir haben Teams, die sofort eingreifen können« (Sitzung zum DSA im Europaparlament in Strasbourg)

haben die Verfahren allerdings nicht, und der zuständige EU-Kommissar Thierry Breton zeigte sich zuletzt siegesgewiss.

Zu den Möglichkeiten politischer Einflussnahmen äußerte sich Breton beispielhaft am 10. Juli im französischen Nachrichtensender *France Info*. Da ging es um Aufrufe zu Sozialprotesten. »Sollten Inhalte beispielsweise zum Aufstand aufrufen«, erklärte der Kommissar, »sind die Plattformen verpflichtet, diese zu löschen. Wenn sie dies nicht tun, werden sie sofort sanktioniert.« Er versicherte: »Wir haben Teams, die sofort eingreifen können.« Eine unmissverständliche Kampfansage.

Die Kommission wird womöglich noch »vier oder fünf« weitere Dienste auf die VLOP-Liste setzen, etwa den beliebten KI-Chatbot ChatGPT von Open AI. Und es gilt, den Sonderfall der Enzyklopädie Wikipedia zu lösen, die von der nicht profitorientierten Organisation Wikimedia betrieben wird. Aber im großen und ganzen steht die Liste. Die großen Tech-Konzerne sind alle dabei, für sie gilt ab sofort ein umfassendes Regelwerk, das Vorschriften zum Umgang mit illegalen Inhalten und Nutzerbeschwerden enthält. Ihren Kunden müssen die Plattformen künftig Empfehlungssysteme ohne Profiling anbieten,

und personenbezogene Werbung muss unkompliziert und ohne Nachteile abwählbar sein. Für die verwendeten Algorithmen gelten neue Transparenz- und Antidiskriminierungsanforderungen. Außerdem sind Jugendschutzmaßnahmen sowie die Pflicht enthalten, jährlich einen Risikobericht zu erstellen und zu veröffentlichen. Bei Verstößen drohen teilweise heftige Strafen von bis zu sechs Prozent des globalen Jahresumsatzes der jeweiligen Plattform.

Doch wie soll die Einhaltung der Regeln überwacht und durchgesetzt werden? Mit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) hat die EU vor fünf Jahren schon eine ambitionierte Digitalverordnung an den Start gebracht – das sich jedoch seither in der Praxis als recht zahnlos erweist, weil Big Tech die zahlreichen zuständigen Behörden gegeneinander ausspielt und sich einige EU-Staaten durch möglichst lasche Auslegung Wettbewerbsvorteile verschaffen wollen. Beim DSA ist die Aufsicht noch nicht abschließend geregelt. Klar ist nur, dass bezüglich der Big-Tech-Kontrolle viel Macht in Brüssel konzentriert wird.

In der zuständigen Generaldirektion Kommunikationsnetze der EU-Kommission wurde für die DSA-Aufsicht eine neue Abteilung geschaffen. Laut Kommission sollen ab dem kommenden

Jahr 123 Beschäftigte mit der Durchsetzung betraut sein. Hinzu kommen rund 20 Wissenschaftler verschiedener Disziplinen, die die Arbeit der Aufsicht vom Joint Research Center im andalusischen Sevilla aus unterstützen. Die Zahl der neuen Stellen dürfte allerdings deutlich geringer ausfallen, denn die Kommission wird viel Bestandspersonal mit den neuen Aufgaben betrauen. Bisher hat es laut der Behörde erst 20 Neueinstellungen für die DSA-Kontrolle gegeben.

Welche Kontrollorgane auf nationaler Ebene zuständig sein sollen, muss noch geklärt werden. Die noch zu schaffenden Behörden sollen die Regeln vor allem für kleinere Plattformen durchsetzen, für die sie erst im kommenden Februar in Kraft treten. In Deutschland gibt es bereits einen heftigen Kompetenzstreit, mehrere Behörden buhlen um die zusätzlichen Mittel. Mit der Rolle des »Digital Services Coordinators«, der die nationale DSA-Kontrolle koordinieren soll, hat das Digitalministerium schon mal die Bundesnetzagentur betraut. Aber auch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie, Datenschutzbehörden und Landesmedienanstalten wollen einen Anteil am Kuchen. Ob am Ende eine effektivere Kontrolle als bei der DSGVO stehen wird, bleibt in dieser Gemengelage abzuwarten.

## ■ Hintergrund Digital Services Coordinator

Für die Durchsetzung der DSA-Regeln ist in der EU-Verordnung unter anderem festgelegt, dass jeder Mitgliedstaat eine nationale Koordinierungsstelle benennen muss – einen sogenannten Digital Services Coordinator (DSC). Diese hat wichtige Funktionen, etwa die Kommunikation mit Brüssel und anderen nationalen Kontrollbehörden in grenzüberschreitenden Fällen; als Anlaufstelle für Beschwerden von Internetnutzern; beim Aufdecken von Verstößen auf kleineren Onlineplattformen und bei der Koordination der Arbeit aller an der DSA-Durchsetzung beteiligten, nationalen Behörden. Das Mitgliedstaaten sind verpflichtet, dem DSC hinreichende personelle und finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen und seine Unabhängigkeit zu gewähren.

Aber die Bundesregierung wäre nicht die Bundesregierung, wenn sie nicht versuchte, die Kosten zu senken und den politischen Einfluss zu erhöhen. Deshalb will das Digitalministerium laut einem Referentenentwurf keine neue, unabhängige Behörde, sondern bloß eine neue Abteilung in der Bundesnetzagentur (BNetzA) und ansonsten eine dezentral über mehrere Behörden verteilte Kontrollstruktur. Bei der BNetzA dürfte dann die Koordinierungsarbeit im Vordergrund stehen. Experten warnen, für die tatsächliche Aufsicht könnten die Kapazitäten zu gering ausfallen und auch für die Entwicklung eines entsprechenden Erfahrungsschatzes sei die geplante Struktur nicht hilfreich.

Abschließend geregelt werden soll die Kontrollstruktur in der BRD im Digitale-Dienste-Gesetz. Dessen Beschluss steht aus, bis Ende vergangener Woche konnten Stellungnahmen abgegeben werden. Bemängelt wurde unter anderem die absehbar fehlende Unabhängigkeit des DSC. Denn benannt werden soll dessen Leitung nach dem Willen des Digitalministeriums direkt von der Chefetage der BNetzA – die wiederum dem Digital- und dem Wirtschaftsministerium unterstellt ist. (se)

## ■ Der sogenannte Brüssel-Effekt. Im Ringen um globale Marktanteile will die EU mit Vorschriften punkten

Der Digital Services Act (DSA) ist nicht das einzige Digitalverordnung, die die EU in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht hat. Vor fünf Jahren trat die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Kraft. Im vergangenen Jahr kam der Digital Markets Act hinzu, der ebenfalls auf Konzerne wie Apple und Microsoft abzielt und kleineren Wettbewerbern einen besseren Zugang zu den digitalen Märkten gewähren soll. Weitere Vorschriften sind mit dem Data Act für die Datenwirtschaft und dem AI Act zu künstlicher Intelligenz sowie Regelwerken mit Fokus auf Netzausbau, Cybersicherheit und digitale Identitäten in der Vorbereitung.

Mit all diesen Vorschriften hofft die EU, einen sogenannten Brüssel-Effekt

erzielen zu können – die eigene Marktmacht soll groß genug sein, um andere Staaten dazu zu bringen, die neuen Regeln zu übernehmen. Schließlich wollen auch US-amerikanische Tech-Konzerne ungerne auf die Kundschaft aus der EU verzichten, und es wäre unwirtschaftlich, für verschiedene Märkte mit verschiedenen Regeln verschiedene Versionen ein und desselben Digitalprodukts zu entwickeln. Das will sich Brüssel zunutze machen. Die Regelsetzungskompetenz ist der wichtigste Machtfaktor, über den man im globalen Ringen um Marktanteile und Profite verfügt.

Auf technologischer Ebene kann die hiesige Digitalwirtschaft nicht ansatzweise mit den großen Playern aus China und den USA mithalten.

Schließlich werden dort ganz andere Beträge investiert, in ganz anderem Stil Rechenkapazität zur Verfügung gestellt und Innovation in großem Rahmen staatlich nachgefragt. Wenn es Brüssel gelingt, strikte Regeln zu etablieren, denen die anderen sich beugen müssen, bremsst das einerseits die dortige Innovationsdynamik aus und ermöglicht es andererseits, in der Digitalwirtschaft Standards zu setzen, die den einheimischen Akteuren in die Karten spielen.

Bei der DSGVO, die gerne als Paradebeispiel für den Brüssel-Effekt angeführt wird, ist das allerdings eher mittelmäßig gelungen: Konzerne wie Microsoft, Apple oder Meta haben kaum Anpassungen vorgenommen – und ihre Anwendungen werden

trotzdem weiter genutzt, wenn auch illegal oder zumindest in der rechtlichen Grauzone. Denn europäische Alternativen, auf die ausgewichen werden könnte, gibt es kaum. Zwar gab es für DSGVO-Verstöße das ein oder andere spektakuläre Bußgeldurteil, aber die Prozesskassen der großen Konzerne sind gut gefüllt, und bei den abgeschlossenen Verfahren handelt es sich angesichts der Durchsetzungsmängel der Verordnung eher um Einzelfälle. Kleinere Entwickler wiederum können die satten Strafen nicht riskieren und haben sich vom EU-Markt zurückgezogen – was wiederum die Monopolmacht der Großen stärkt.

Auf der anderen Seite zeigt die Beharrlichkeit der EU-Regulierer auch,

dass die großen US-Konzerne letztlich nicht bereit sind, auf ihre diesseits des Atlantiks realisierten Profite zu verzichten. Auf verschiedene Rückzugsdrohungen seitens Facebook, Google und Open AI hat die Kommission bislang stets gelassen reagiert. Damit liefen die Drohungen ins Leere, den Rücken gekehrt hat der EU bislang noch kein großes Tech-Unternehmen. Allerdings bietet sich bislang mit der Regulierungssoase Irland auch eine gute Alternative an: Zwar gelten die EU-Digitalregelungen auch dort. Dass jedoch faktisch kaum eine Durchsetzung stattfindet, hat sich natürlich auch im Silicon Valley rumgesprochen. Entsprechend beliebt ist Dublin als EU-Hauptsitz.

Sebastian Edinger

**Zitat des Tages**

*Es kann in der aktuellen Situation, im Angesicht von Inflation und hoher Zinsen, nicht um eine Ausweitung des Sozialstaats gehen.*

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai erteilte nach der Entscheidung zur sogenannten Kindergrundsicherung am Donnerstag in *Bild* einer »weiteren Umverteilung« eine Absage.

**Weiteres Ramstein-Treffen zur Ukraine**

**Ramstein.** US-Verteidigungsminister Lloyd Austin hat die sogenannte Ukraine-Kontaktgruppe zu einem weiteren Treffen auf dem US-Stützpunkt Ramstein in Rheinland-Pfalz eingeladen. Die fünfte Zusammenkunft dieser Art finde am 19. September statt, teilte der größte US-Luftwaffenstützpunkt außerhalb der Vereinigten Staaten am Donnerstag mit. Verteidigungsminister und Militärs sollen dort erneut über die militärische Unterstützung der Ukraine beraten. Zur Kontaktgruppe gehört auch die Bundesrepublik Deutschland, auf deren Staatsgebiet die Treffen stattfinden. Als Einlader treten allerdings erneut die Vereinigten Staaten auf. (dpa/JW)

**München: Zehn Jahre Haft für Mordplan**

**München.** Weil er die Ermordung eines in Deutschland lebenden Tschetschenen geplant haben soll, muss ein russischer Staatsbürger für zehn Jahre ins Gefängnis. Das Oberlandesgericht München verurteilte den Mann am Donnerstag unter anderem wegen Sichbereiterklärens zur Begehung eines Mordes und Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. Der Verurteilte hatte demnach im Auftrag eines Cousins des tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow die Tat vorbereitet. Im Frühjahr 2020 habe er den Befehl für den Mord an dem Oppositionellen erhalten, eine Waffe und Munition beschafft und einen weiteren Mann beauftragt, die Tat auszuführen. (dpa/JW)

# Ein Menschenfreund

Bayern: Freie-Wähler-Chef sieht in Aufregung um Flugblatt nur »Schmutzkampagne«. Unterdessen blamiert er sich mit Aussagen zu seiner Jugend. **Von Philip Tassev**

Der bayerische Vizeministerpräsident und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat trotz täglich neuer Vorwürfe nicht die Absicht, seinen Stuhl zu räumen. Am späten Donnerstag nachmittag polterte er bei einem kurzfristig anberaumten Pressestatement in München, er habe den Eindruck, er solle »politisch und persönlich fertiggemacht werden«. Als Jugendlicher habe er Fehler gemacht und bitte dafür um Entschuldigung. Es sei indes »nicht akzeptabel, dass diese Verfehlungen jetzt in einer politischen Kampagne gegen mich und meine Partei instrumentalisiert werden«, sagte der Chef der Freien Wähler.

»Es darf jetzt nichts mehr dazukommen«, hatte Ministerpräsident Markus Söder am Dienstag seinem Koalitionspartner Aiwanger signalisiert. Inzwischen kam aber doch noch einiges dazu. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtete über eine ehemalige Mitschülerin Aiwangers, die behauptet, dieser habe in seiner Schulzeit öfter mal Hitlers »Mein Kampf« dabei gehabt und damit angegeben. In der *ARD*-Sendung »Report München« erzählte ein anderer ehemaliger Mitschüler von »Hitlergrüßen«, die Aiwanger im Klassenzimmer gezeigt haben soll. Dem *Bayerischen Rundfunk* berichteten andere von antisemitischen und rassistischen Witzen. Obwohl inzwischen andere Exmitschüler den Aussagen widersprachen, scheinen die Vorwürfe doch zu detailliert und zahlreich, um komplett erfunden zu sein.

Material gegen sich lieferte Aiwanger unfreiwillig auch selber: Gegenüber *Welt TV* sagte er, »dass vielleicht in der Jugendzeit das eine oder andere so oder so interpretiert werden kann, was als 15jähriger hier mir vorgeworfen wird«, aber dass er zumindest »seit dem Erwachsenenalter, die letz-



Reitet er bald in den Sonnenuntergang? Bisher lehnt Hubert Aiwanger einen Rücktritt ab (Bad Kötzing, 29.5.2023)

ten Jahrzehnte: kein Antisemit, kein Extremist, sondern ein Menschenfreund« sei. Das klingt schon beinahe nach einem – sehr ungeschickt formulierten – Eingeständnis einer früheren faschistischen Gesinnung.

Die »Flugblattaffäre« ist längst in der Bundespolitik angekommen. Auf der am Mittwoch beendeten Klausurtagung auf Schloss Meseberg forderte Kanzler Olaf Scholz (SPD) nochmals Aufklärung, Robert Habeck (Bünd-

nis 90/Die Grünen) fragte, ob Söder wirklich an der Zusammenarbeit mit Aiwanger festhalten wolle, während Christian Lindner (FDP) darauf drängte, es müsse »Klarheit geschaffen werden, mit den dann gegebenenfalls notwendigen Konsequenzen«. Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz empörte sich am Donnerstag gegenüber Zeitungen der Funke-Mediengruppe, »dass 17- oder 18jährige Schüler noch in den 80er Jahren so etwas schreiben«, und schloss sich den Rufen nach Aufklärung an.

Im bayerischen Landtag soll am 7. September auf Antrag der Oppositionsparteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP eine Sondersitzung stattfinden, bei der sich Aiwanger offenen Fragen stellen soll. Hubert Aiwangers Bruder Helmut, der zugegeben hatte, der Verfasser des faschistischen Flugblattes gewesen zu sein, das die ganze Affäre ausgelöst hatte, kommuniziert laut *Focus online* derweil mit der Presse nur noch über Aushänge im Schaufenster seines Jagdwaffengeschäfts in Rottenburg bei Landshut. Dort empfiehlt er ausgerechnet Heinrich Bölls »Die verlorene Ehre der Katharina Blum«, die Geschichte einer medialen Treibjagd einer anfangs Unschuldigen, die schließlich einen Reporter erschießt, zur Lektüre. Hubert Aiwanger hatte bereits am Mittwoch beim Kurznachrichtendienst X eine »Schmutzkampagne« beklagt.

Das Internationale Ausschwitzkomitee vermisst in der Auseinandersetzung vor allem eine Entschuldigung Aiwangers. Der Vizepräsident des Komitees, Christoph Heubner, befürchtet, dass »mit dem Begriff »Schmutzkampagne« die bevorstehende Landtagswahl von den Freien Wählern in Bayern als Abstimmung über die Flugblattaffäre missbraucht wird«. Dies sei zynisch und unverschämte.

# Notfallpatient stabilisiert

Die Linke: Neuwahl der Fraktionsspitze mangels mehrheitsfähiger Kandidaten vertagt

Die Krise der Partei Die Linke ist um einen neuen Aspekt reicher: Nach dem Rückzug der gesamten Fraktionsspitze kann die Parteiführung zu der für den 4. September anberaumten Neuwahl keine mehrheitsfähigen Kandidaten präsentieren.

Die 39köpfige Bundestagsfraktion beschloss am Mittwoch auf ihrer Klausurtagung, die am Donnerstag zu Ende ging, nach einer mehrstündigen Debatte auf Vorschlag der scheidenden Fraktionsspitze und des Parteivorstands, die Neuwahl zu verschieben.

Die Doppelspitze aus Dietmar Bartsch und Amira Mohamed Ali, die beide ihren Rückzug angekündigt hatten, bleibt also vorerst im Amt.

Der parlamentarische Geschäftsführer Jan Korte, der sein Amt ebenfalls abgeben wollte, sprach am Mittwochabend von einer »kleinen Verlängerung« für die nächsten Wochen. Mit der beschlossenen Verschiebung nach einer »harten Debatte« habe man eine »stabile Seitenlage« für die Fraktion erreicht. Es habe eine »ganz große Einigkeit« gegeben, »alles doch noch zu tun, um diese Fraktion zusammenzuhalten«. Jetzt gehe es darum, »den ganzen Laden wieder aufzurichten, was unsere Verantwortung ist«.

Mohamed Ali begründete ihre Bereitschaft, auf Abruf im Amt zu bleiben, am Mittwoch so: »Ich habe eine Verantwortung übernommen, auch als ich das Amt angetreten habe, und ich lasse natürlich jetzt nicht am nächsten Tag den Stift fallen. Ich finde, das gehört auch dazu.« Bartsch bekräftigte am Donnerstag, auch er werde sich nicht »vom Acker machen«. Er unterstrich den von Korte verwendeten Begriff der »stabilen Seitenlage«. So

könne man »vollständig gesunden«. Es seien aber auch »andere Dinge möglich«, ergänzte er.

Für die Parteispitze ist diese Situation ziemlich unangenehm und beinahe so etwas wie eine politische Niederlage. In den vergangenen Jahren war aus dem Parteivorstand und dessen publizistischem Umfeld zunehmend schriller eine Neubesetzung der Fraktionsspitze gefordert worden. Jetzt muss dieses Lager feststellen, dass es in dem Augenblick, in dem das möglich ist, niemanden präsentieren kann, der über eine sichere Mehrheit in der Fraktion verfügt. Und ohne sichere Mehrheit will offensichtlich niemand antreten – auch Parteichefin Janine Wissler nicht, die es sich kaum leisten kann, bei dem Versuch aufzulaufen, die Fraktionsführung zu übernehmen. Einmal mehr wird so dokumentiert, dass das Personal und die Inhalte, für die der Parteivorstand steht, in der Fraktion nicht mehrheitsfähig sind. Für Bartsch und auch für seine Kovorsitzende Mohamed Ali ist diese Situation eine kleine Genugtuung: Auch die Parteispitze muss einräumen, dass an ihnen vorerst kein Weg vorbeiführt. **Nico Popp**

KOMMUNISMUS KONGRESS 2023

THEMA:

ANTIIMPERIALISMUS!

KLASSENKÄMPFE UND NATIONALE BEFREIUNG HEUTE

6.–8. OKTOBER

ND-GEBÄUDE BERLIN

<p><b>Vashna Jagarnath</b> SRWP Südafrika</p> <p><b>Alexej Albu</b> Borotba, Ukraine</p> <p><b>Andreas Wehr</b> Marx-Engels-Zentrum Berlin</p> <p><b>Zaid Abdullnasser</b> Samidoun</p> <p><b>Tings Chak</b> Dongsheng News China</p> <p><b>Sabine Kebir</b> Autorin</p>	<p><b>Arnold Schölzel</b> DKP</p> <p><b>Jörg Kronauer</b> Journalist</p> <p><b>Dimitrios Patelis</b> WAP</p> <p><b>Joti Brar</b> CPGB-ML/WAP</p> <p><b>Paweł Wargan</b> Progressive International</p> <p><b>Renate Koppe</b> Int. Sekretärin der DKP</p>	<p><b>Willi Langthaler</b> Antiimp. Koordination</p> <p><b>Harri Grünberg</b> AUFstehen</p> <p><b>Klaus Hartmann</b> Freidenker Verband</p> <p><b>Susann Witt-Stahl</b> Journalistin</p> <p><b>Rainer Perschewski</b> DKP</p> <p><b>Hans Bauer</b> DKP/grh</p>	<p><b>Pit Simons</b> Partei die Linke</p> <p><b>Bahman Shafigh</b> Tadarok Iran</p> <p><b>Joachim Guilliard</b> Friedensbündnis HD, Autor</p> <p><b>+ Kolloquien der KO zu Fragen von Krieg und Imperialismus</b></p>
--	--	--	---

JETZT ANMELDEN

KOMMUNISTISCHE ORGANISATION kommunistische-organisation.de/kongress

# Hungerlöhne für Azubis

DGB-Jahresbericht: Auszubildende werden in der BRD als billige Arbeitskräfte ausgenutzt. **Von David Maiwald**

Es gebe »massive Probleme«. So fasst die Jugendabteilung des DGB den am Mittwoch vorgestellten Ausbildungsreport 2023 zusammen. Denn obwohl die überwiegende Mehrheit der Azubis dem eigenen Lehrberuf »(sehr) zufrieden« gegenübersteht, ist laut dem Jahresbericht der Gewerkschaft nahezu jeder dritte Auszubildende mit der eigenen Ausbildung unzufrieden.

Verständlich. Denn jeder dritte Azubi macht regelmäßig Überstunden, durchschnittlich sogar 3,6 Stunden pro Woche. Zudem bekommt einer von zehn Auszubildenden (knapp zehn Prozent) diese zudem weder bezahlt noch mit Freizeit ausgeglichen. Das alles bei teils unterirdischem Gehalt. Denn die durchschnittliche Ausbildungsvergütung beträgt laut Ausbildungsreport – über alle Berufe und Ausbildungsjahre gerechnet (!) – 929 Euro brutto. Dabei herrschen zwischen den Berufen gravierende Unterschiede: Angehende Bankkaufleute und Industriemechaniker erhalten mit 1.201 Euro beziehungsweise 1.115 Euro brutto deutlich mehr (und fast doppelt soviel) wie »angehende Friseur\*innen« mit 657 Euro. In Ostdeutschland erhalten diese sogar nur unfassbar niedrige 420 Euro (West: 667 Euro).

»Ausbilden statt ausbeuten!« forderte die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) angesichts dieser Ergebnisse in einer Mitteilung am Mittwoch. Der Bericht des DGB zeige: Für Betriebe seien Auszubildende zuvorderst »billige Arbeitskräfte«. Diese brauchten daher starke gewerkschaftliche Strukturen im Betrieb, um »für die Ausweitung der Azubirechte zu kämpfen«.

Laut Report sind viele Azubis offenbar im Verlauf mit Ausbildung und Betrieb zunehmend unzufrieden. Unter dem Strich würde demnach jeder sechste Auszubildende (rund 17 Prozent) den

Ausbildungsbetrieb nicht weiterempfehlen. Denn während im ersten Lehrjahr noch zwei von drei (rund 67 Prozent) Azubis ihre Ausbildung weiterempfehlen würden, sind es im letzten Jahr noch weniger als die Hälfte (47,6). Im Vergleich zum Vorjahr sei das ein Rückgang um 4,3 beziehungsweise 6,8 Prozentpunkte, heißt es im Report. Dabei

welche Tätigkeiten zum Ausbildungsberuf gehören: Mehr als jede und jeder dritte verfügt über keinen betrieblichen Ausbildungsplan. Das erklärt unter anderem die hohe Zahl an Auszubildenden, die im Betrieb zunehmend »ausbildungsfremde« Aufgaben zugewiesen bekommen: Die überwiegende Mehrheit der Befragten (rund 70 Prozent)

Berufsschulen in seiner Mitteilung am Mittwoch. Denn vier von zehn (39 Prozent) Auszubildenden empfinden besagte Ausstattung (bei Bewertung nach Schulnoten) als »ausreichend« oder »mangelhaft«. Die gleiche Anzahl erhalte »benötigte technische Geräte für eine digitale Ausbildung« nur »selten« oder »nie«. Wer Fachkräfte gewinnen



In Ostdeutschland erhalten angehende Friseurinnen und Friseure im Schnitt 420 Euro pro Monat

kommt es offenbar stark darauf an, in welchem Bereich die jungen Menschen beschäftigt werden: Während bei den (mit bestbezahlten) angehenden Industriemechanikern etwa acht von zehn Auszubildenden »(sehr) zufrieden« sind, ist das im Hotelgewerbe nur jeder zweite Azubi (fast 54 Prozent).

Zur Unzufriedenheit dürfte beitragen, dass für viele nicht nachvollziehbar ist,

gibt laut Report an, für »ausbildungsfremde« Tätigkeiten herangezogen zu werden – mehr als einer von zehn (rund 13 Prozent) »häufig« oder »immer« –, bei Betrieben mit weniger als fünf Beschäftigten sind es sogar zwei von zehn (21,5 Prozent).

»Mängel bei Digitalisierung« bemerkte der DGB bei digitaler und technischer Ausstattung von Betrieben und

wolle, müsse »zeitgemäß und mit modernsten Lernmethoden ausbilden«, befand Kristof Becker demnach. Politik und Unternehmen müssten »deutlich mehr tun«, damit die duale Ausbildung »auch im Digitalzeitalter« funktioniere, bemerkte der DGB-Jugendsekretär.

■ Siehe Seite 8

## Zahl der Arbeitslosen gestiegen

**Nürnberg.** Die offizielle Zahl der Arbeitslosen in der BRD stieg im August auf 2,696 Millionen, wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) am Donnerstag in Nürnberg mitteilte. Das waren 79.000 mehr als im Juli und 148.000 mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 5,8 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat stieg die Quote um 0,2 Punkte. Im August waren 771.000 offene Arbeitsstellen bei der BA gemeldet. (dpa/iW)

## Mehr Geld für weniger Lebensmittel

**Wiesbaden.** Mehr Geld ausgeben, um weniger Lebensmittel als vor einem Jahr zu erhalten: Das war für Verbraucher im Juli im 25. Monat in Folge Realität. Zwar lagen die Umsätze der Einzelhändler 6,8 Prozent über dem Niveau vom Juli 2022, doch bereinigt um die Preissteigerungen setzten sie Waren im Wert von 1,8 Prozent weniger ab, wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag mitteilte. Im gesamten Einzelhandel lagen die preisbereinigten Umsätze 2,2 Prozent unter den Werten aus dem Vorjahresmonat. Dennoch hatten die Händler nominal 2,7 Prozent mehr in der Kasse. (dpa/iW)

## Bewegung im Trucker-Streik

**Gräfenhausen.** Die seit mehr als sechs Wochen streikenden Lastwagenfahrer auf der Autobahn-Raststätte Gräfenhausen haben am Donnerstag erstmals Geld erhalten. Der von den Fahrern als Verhandlungsführer beauftragte niederländische Transportgewerkschafter Edwin Atema erklärte, nicht die bestreikte polnische Spedition Mazur habe eingelenkt, sondern ein österreichischer Spediteur habe als Teil der Lieferkette entschieden, die für den entsprechenden Transport anfallende Summe in Höhe von 20.000 Euro den Fahrern direkt zu übergeben. Er hoffe nun auf einen »Dominoeffekt«. Die mittlerweile etwa 90 Fahrer forderten ausstehende Löhne in Höhe von mehr als 500.000 Euro, so Atema. (dpa/iW)

# Ausweg Enteignung

Mieterinitiative erneuert Forderung nach Enteignung von Immobilienkonzern Heimstaden

Die Adler Group machte im ersten Halbjahr mehr als eine Milliarde Euro Verlust, auch Vonovia steckt in der Krise. Höhere Baukosten, steigende Zinsen, sozialdemokratisch zaghafte Forderungen nach einem bundesweiten Mietestopp sorgen für Kursrutsche an den Aktienmärkten. Über den Zustand des Immobilienkonzerns Heimstaden, der 2021 unter anderem den gesamten deutschen Bestand der Akelius-Gruppe übernommen hat, erfährt man hierzulande aber bislang wenig. Dabei häufen sich in skandinavischen Medien Meldungen über finanzielle Schwierigkeiten. »Heimstaden steht unter dem Druck steigender Zinssätze und macht einen Verlust von mehr als neun Milliarden schwedischen Kronen« (etwa 758 Millionen Euro), schrieb das *Svenska Dagbladet* am 18. August. *Dagens Industri* meldete Ende Juli, internationale Hedgefonds nähmen Heimstaden ins Visier, weil der Konzern Kreditbedingungen verletzen könnte. 2024 könnte dem Konzern von Ivar Tollefsen das Geld ausgehen, meldete Mitte August *Finansavisen*: »Von Woche zu Woche wächst« die Gefahr, in eine Schuldenkrise zu geraten.

Der Wert aller Heimstaden-Anleihen auf dem Markt beträgt noch 108,8 Milliarden norwegische Kronen (etwa 9,3 Milliarden Euro), das sind 44,2 Milliarden weniger als bei der Ausgabe der Anleihen. Das entspreche einem Wertverlust von 29 Prozent, schrieb *Finansavisen* am 14. August. Für Heimstaden ein Problem, weil der Konzern sich vor allem auf »antizipierte Gewinne und nicht so sehr auf finanzielle Rücklagen verlässt«, wie das *Mieterecho* der Berliner Mietergemeinschaft schon im Dezember 2021 erläuterte. Der Portfoliowert des Unternehmens ist also zuallererst davon abhängig, wie seine Finanzen bewertet werden.

Nicht überraschend, dass Heimstaden zu den Vermietern gehört, die derzeit etwa in Malmö eine Extramieterhöhung durchsetzen wollen. Mit fünf Prozent haben die Mieter dort in diesem Jahr bereits eine der höchsten Erhöhungen des Landes erhalten, wie das Mietermagazin *Hem & Hyra* im Juni berichtete. Jetzt setzen mehrere Vermieter noch eine zweite Erhöhung um 1,75 Prozent durch.

Laut der hierzulande kämpfenden Mieterinitiative »Stopp Heimstaden« hat sich der Konzern an dem Akelius-Deal verhoven. »Die schlechte Finanz-

lage bei Heimstaden wundert uns nicht. Der Konzern verfolgt nur ein Ziel: Profit. Auf der Jagd nach der bestmöglichen Profitrate werden Risiken in Kauf genommen, als ob unsere Stadt ein Monopoly-Spielbrett wäre.« Gegen unerwartete Entwicklungen wie Zinserhöhung, Inflation und Energiekrise sei ein »auf rücksichtslose Expansion gebürstetes Geschäftsmodell« nicht gerüstet. »Sicherheiten und Stabilität werden gern den angestrebten hohen Dividenden geopfert«, erklärte die Initiative Anfang der Woche.

Aus ihrer Sicht wäre die Gelegenheit jetzt günstig, den gesamten Wohnungsbestand zu enteignen. Nicht selten müssten Mieter »40 Prozent ihres Einkommens oder mehr für die Miete abdrücken«. Durch diese Mieten hätten sie die Häuser bereits »drei oder viermal amortisiert« – »wäre da nicht die andauernde Spekulation mit dem Grund und Boden, auf dem sie stehen«. »Stopp Heimstaden« erneuerte die Forderung, den erfolgreichen Berliner Volksentscheid zur Enteignung und Vergesellschaftung von »Deutsche Wohnen, Heimstaden und Co.« endlich umzusetzen. Die Rechtsgrundlage dafür ist gegeben, die Wähler haben den Wunsch klar zum Ausdruck

gebracht. Und am Ende, resümiert die Mieterinitiative, »könnte eine Enteignung und Vergesellschaftung von Heimstaden und Co. sogar der goldene Weg für die ins Straucheln geratenen Spekulanten sein«. **Susanne Knütter**

ANZEIGE

Man sieht die Sonne langsam untergehen,  
und erschrickt dann doch, wenn es plötzlich dunkel ist.  
(Franz Kafka)

**Thomas Kuczynski**

(12.11.1944 London – 19.8.2023 Berlin)

In tiefer Trauer  
Annette Vogt  
und die Kuczynski-Großfamilie in Groß-Britannien,  
Irland, Frankreich, Slowenien, Spanien, Estland  
und in der Bundesrepublik Deutschland

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet am  
12. Oktober 2023 um 13 Uhr auf dem Friedhof Pankow III,  
Am Bürgerpark 24, 13156 Berlin, statt.

## Sonko in Senegal von Wahl ausgeschlossen

**Dakar.** Der senegalesische Oppositionsführer Ousmane Sonko, Gegner des amtierenden Präsidenten Macky Sall, wird nicht für die kommende Präsidentschaftswahl am 25. Februar 2024 zugelassen. Er war im Juni wegen »Verführung der Jugend« von einem Gericht zu zwei Jahren Haft verurteilt worden. Dies sei rechtskräftig, erklärte Justizminister Ismaila Madior Fall am Mittwoch, wie das Magazin *Jeune Afrique* berichtete. Sonko sah den Prozess als vorgeschoben an, um ihn von der Präsidentschaftswahl auszuschließen. Ende Juli wurde er wegen Aufruf zum Aufruhr, Bildung einer kriminellen Vereinigung in Verbindung mit einem terroristischen Unternehmen und Gefährdung der Staatssicherheit festgenommen. Sonko war in einen Hungerstreik getreten und Anfang August ins Krankenhaus gebracht worden. Die Behörden lösten seine Partei auf, Hunderte Unterstützer und Parteimitglieder wurden festgenommen.

(AFP/iW)

## Iran droht Israel bei Staatsbesuch in Syrien

**Damaskus.** Irans Außenminister hat bei einem Staatsbesuch in Syrien Drohungen gegen Israel bekräftigt, wie *dpa* am Mittwochabend meldete. »Keine der verbrecherischen Handlungen des zionistischen Regimes wird ungestraft bleiben«, sagte Hussein Amir-Abdollahian am Mittwoch laut der staatlichen Nachrichtenagentur *IRNA*. In der Nacht zu Montag hatte Israels Militär nach syrischen Angaben erneut den Flughafen Aleppo angegriffen. Der Flughafen ist seitdem geschlossen.

(dpa/iW)

## Mehr als 70 Tote bei Hausbrand in Südafrika

**Johannesburg.** Nach einem verheerenden Hausbrand in Johannesburg, durch den mindestens 73 Menschen starben, hat Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa den Angehörigen sein Beileid ausgesprochen. »Das ist eine immense Tragödie für die Familien, deren Angehörige unter schrecklichen Bedingungen ums Leben gekommen sind«, sagte Ramaphosa am Donnerstag bei einer Veranstaltung in der Stadt Gqeberha im Süden des Landes. Bei dem Feuer in einem fünfstöckigen Gebäude waren in der Nacht zum Donnerstag nach Angaben der Rettungsdienste mindestens 73 Menschen gestorben, 52 wurden mit Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Zahlreiche Menschen waren nach Behördenangaben hinter einem Sicherheitstor in dem Haus eingesperrt, als das Feuer sich ausbreitete. Die Ursache für den Brand war noch unklar.

(AFP/iW)

# Lehren aus Misserfolg

Algerien: Rätsel über Ablehnung von BRICS-Beitrittsgesuch. Bürokratie und Abhängigkeit von Öl- und Gasexporten im Brennpunkt. **Von Sabine Kebir**

Die stolzen Algerier hat sehr verwundert, ja frustriert, dass ihr Land auf dem jüngsten Gipfeltreffen der BRICS in Johannesburg nicht in den ambitionierten Staatenbund aufgenommen wurde. Es wurde nicht einmal als Mitglied der New Development Bank akzeptiert, die Projekte der BRICS finanziert. Dabei hatte man doch die Unterstützung Chinas, Russlands und Südafrikas gewonnen, politisch fühlt man sich an vorderster antiimperialistischer Front. Und im afrikanischen Kontext spielt Algerien eine wichtige Vermittlerrolle.

Aber es ist eben gerade eine Stärke des Bundes der BRICS-Staaten, dass der Beitritt an keine politischen oder ideologischen Bedingungen geknüpft ist, sondern lediglich an den manifesten Willen, friedlich und zum gegenseitigen Nutzen ökonomisch zusammenzuarbeiten. Die algerischen Medien rätseln, woran die Aufnahme gescheitert sein könnte. Immerhin hat das Land die viertgrößte Volkswirtschaft des afrikanischen Kontinents und keine Schulden beim Internationalen Währungsfonds und Weltbank. Aber es hängt nach wie vor stark von Exporten seiner Erdöl- und Erdgasressourcen ab. Einige Analysten hatten im Vorfeld gewarnt: Algerien stehe in Gefahr, auf eine »Tankstelle« für den großen Energiebedarf Chinas reduziert zu werden. Denn das Land habe seine Wirtschaft nach wie vor nicht genügend diversifiziert, importiere zu viele Nahrungsmittel, Industriearüstungen und Waren des täglichen Bedarfs. Und das Bruttoinlandsprodukt von umgerechnet 3.400 Euro pro Person hält keinem Vergleich mit dem BIP der Vereinigten Arabischen Emirate, die in Johannesburg aufgenommen wurden, stand, wo es bei 37.000 Euro liegt. Auch müsste der grotesk archaisch gebliebene Bankensektor modernisiert werden, um überhaupt international anschlussfähig zu sein.



**Ölförderung in Hassi Messaoud: Bis heute ist Algeriens Wirtschaft weitgehend auf Exporte von Rohstoffen angewiesen (22.2.2023)**

Präsident Abdelmadjid Tebboune, der die Hoffnung äußerte, dass die Aufnahme im nächsten Jahr gelingt, blieb nur zu konstatieren, dass bis dahin »viel zu tun ist, um das BIP zu erhöhen und den Beitrag des industriellen Sektors zum BIP zu vergrößern. Das betrifft auch verschiedene ökonomische Bereiche, die wir vorteilhaft reformieren müssen, um erhobenen Hauptes zu den BRICS gehören zu können.« Der linke Politiker Soufiane Djilali forderte seine Landsleute auf, den Frust zu unterdrücken und den Misserfolg zum Anlass zu nehmen, die Selbstüberschätzung zu erkennen und die Realitäten zu akzeptieren. Das könnte zum Antrieb werden, die Trägheit zu überwinden, die sich vor allem in der dysfunktionalen Rolle der Bürokratie äußert.

So offensichtlich die wirtschaftlichen und administrativen Schwächen Algeriens sind, fragt man sich doch, wieso keineswegs erfolgreichere Länder wie Ägypten und Äthiopien in die BRICS aufgenommen wurden. Spielte das demographische Moment eine Rolle? Algerien zählt 44 Millionen Einwohner, Ägypten dagegen 109 und Äthiopien 120 Millionen. Tatsächlich sind die Kriterien für die Mitgliedschaft weder im Vorfeld noch bei der Begründung der Ablehnung von 34 aufnahmewilligen Staaten, zu denen nach südafrikanischen Angaben auch das mit Algerien verfeindete Marokko zählte, transparent gemacht worden. Angeblich sprachen sich Indien und Brasilien gegen eine Aufnahme von zu vielen neuen Mitgliedern aus, weil sie eine

Reduktion ihres Einflusses innerhalb der BRICS, aber auch in deren Außenwirkung befürchteten.

Der rechte französische Analyst Bernard Lugan hält auch militärstrategische Gründe für möglich, weshalb neben Saudi-Arabien auch Ägypten und Äthiopien aufgenommen wurden. Damit wird das Rote Meer weitgehend von BRICS-Staaten kontrolliert und zu einer sicheren Handelsstraße für chinesische Schiffe. Dasselbe lässt sich vom Persischen Golf sagen, wo sich die Lage schon durch die Annäherung von Iran und Saudi-Arabien entspannt hat. Die Aufnahme des hochverschuldeten Argentinien erklärt sich aus dem Bestreben, ein gewisses Gleichgewicht zwischen den Kontinenten herzustellen.

## Schwieriger Spagat

Sambia: Sozialistenchef wirft Regierung Anbiederung an USA vor. Streit um Bodenschätze im Hintergrund

Fred M'membe ist nicht allein in Sambia für seine kompromisslose Haltung gegenüber jeglicher Form von Neokolonialismus bekannt. Am Wochenende nahm sich der Journalist und Präsident der sambischen Sozialistischen Partei auf seiner Facebook-Seite einmal mehr Staatspräsident Hakainde Hichilema vor. Es ging um die Wahlbeobachter, die das Regionalbündnis SADC nach Simbabwe entsandt hatte. M'membe nannte ihren Leiter Nevers Mumba von Hichilema »handverlesen«, um den absehbaren Wahlsieg der aus dem Unabhängigkeitskampf hervorgegangenen Partei ZANU-PF zu diskreditieren. Statt dessen gratulierte M'membe dem in Harare ausgerufenen Wahlsieger Emmerson Mnangagwa. Dafür erntete der Sozialist den Zorn vermeintlicher Panafrikanisten, die ihm vorwerfen, aus »ideologischer Verblendung« über Wahlbetrug hinwegzusehen.

Die Fronten in Sambia sind nur auf den ersten Blick klar. Präsident Hichilema ist seit zwei Jahren im Amt und seitdem so etwas wie ein Star des Westens im südlichen Afrika. Die britische Denkfabrik Chatham House attestiert

ihm bereits nach einem Jahr Amtszeit im August vergangenen Jahres, »die Dynamik einer äußerst kreativen Außenpolitik eindrucksvoll beibehalten« zu haben. Hichilema hebe sich dabei von anderen regionalen Führern ab, rühmte Chatham House. Schließlich hatte Sambia sich in der UNO zum Ukraine-Krieg nicht wie Simbabwe und Südafrika neutral verhalten, sondern Russland verurteilt.

Chatham House schätzte auch die »selbstbewusste Haltung« gegenüber China. Hichilema hatte die Wahl auf einer Welle antichinesischer Propaganda gewonnen. Der Vorwurf lautet, dass Beijing das Land mit Finanzhilfen in die »Schuldenfalle« geführt habe. Doch M'membe, der immer wieder Repressionen ausgesetzt ist, rechnet vor, dass nur 30 Prozent der Auslandsschulden auf chinesischen Krediten beruhen. »Wer hält die restlichen 70 Prozent? Wer hat Sambia also in die Falle gelockt? Wenn es eine Schuldenfalle gibt, dann sind die USA und Großbritannien dafür verantwortlich«, sagte M'membe im Februar gegenüber der US-Seite *Breakthrough News*.

Tatsächlich versucht Hichilema einen Spagat zwischen dem Westen und China. Es geht um Bodenschätze wie Kupfer, bei dessen Ausfuhr Sambia führend in Afrika ist – und Lithium, über das Nachbar Simbabwe einen Exportstopp verhängt hat. Im Dezember unterzeichnete Lusaka ein »Memorandum of Understanding« mit den USA, eine »Wertschöpfungskette« für Batterien für Elektroautos aufzubauen. Auch soll die US-Entwicklungsbank DFC in ein Infrastrukturvorhaben zwischen Sambia, Angola und der Demokratischen Republik Kongo einsteigen. Das »Flaggschiffprojekt« einer Schnellstraße zwischen der Metropole Lusaka und der drittgrößten Stadt Ndola wiederum wurde an ein chinesisches Konsortium vergeben.

Um den Vorwurf zurückzuweisen, für die Überschuldung afrikanischer Länder verantwortlich zu sein, hat China Rückzahlungen nicht allein gestundet oder teilweise erlassen. Mehr noch hat Beijing wiederholt angekündigt, allgemein auf Forderungen zu verzichten, wenn der Weltwährungsfonds und die Weltbank ebenfalls Schuldenschnitte gewähren. Das brachte auch die Verhandlungen

Sambias mit seinen westlichen Gläubigern ins Rollen. Das Land erreichte eine Umstrukturierung seiner Staatsschulden in Höhe von 6,3 Milliarden US-Dollar und de facto einen Schuldenschnitt von 40 Prozent, wie die Agentur *Ecofin* im Juni mitteilte.

Auf dem »Internationalen Demokratieforum« in Beijing im März warnte M'membe, dass Sambia in die Isolation zu geraten drohe, »weil Hichilema sich immer wieder in klaren außenpolitischen Fragen prostituiert«. Gemeint ist seine Haltung zu den USA, »einem Land, das so viele Putsche durchgeführt und so viele unserer Führer getötet hat«. Eine Aufzeichnung von M'membes Rede fand weltweit Verbreitung, als US-Vizepräsidentin Kamala Harris wenige Tage später in Lusaka weilte, wo sie erwartungsgemäß gegen China polemisierte. M'membes Kommentar: »Ein Land, das auf brutaler Gewalt, auf der Versklavung anderer Menschen, auf der Erniedrigung von Afrikanern, der Ausbeutung von Afrikanern und der Ausplünderung Afrikas aufgebaut wurde, kommt heute und will uns Demokratie lehren.«

**Georges Hallermayer**

# Manöver gegen China

Philippinen: Militärübung mit Australien kurz vor Besuch von Premier Albanese bei Präsident Marcos. **Von Thomas Berger**

Seit 20 Jahren hat kein australischer Regierungschef mehr den Philippinen einen Besuch abgestattet. Doch nun wird Premierminister Anthony Albanese am 7. September in Manila erwartet. Zwar wird es bei dem geplanten zweitägigen Austausch auch um Handelsfragen und anderes mehr gehen. Doch klar ist schon jetzt, dass im Zusammenhang mit den verstärkten Spannungen im Asien-Pazifik-Raum sicherheitspolitische Aspekte im Zentrum stehen werden. Die Philippinen sind einer der Schlüsselpartner der US-amerikanischen Allianzen in der Region im sich intensivierenden Machtkampf mit der Volksrepublik China. Zwei Jahre ist es im September her, seit die USA, Großbritannien und Australien den neuen AUKUS-Pakt aus der Taufe gehoben haben, der sich gegen eine angebliche chinesische Bedrohung richtet. Tatsächlich ist China seit einigen Jahren spürbar dabei, seinen Einfluss in der südostasiatischen Nachbarschaft bis in den südpazifischen Raum auszubauen. Den vom Westen erhobenen Vorwurf militärischer Absichten hat die Regierung in Beijing aber stets vehement zurückgewiesen.

Nicht nur mit ihrer Eröffnung weiterer einheimischer Militärbasen für die Streitkräfte der USA haben sich die Philippinen seit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Ferdinand Marcos jr. vor gut einem Jahr zusehends auf seiten der Exkolonialmacht (1898 bis

1946, mit kurzer Unterbrechung durch die japanische Besetzung im Zweiten Weltkrieg) in diese neue Achse einbinden lassen. Der Albanese-Besuch erfolgt wenige Tage nach einer australisch-philippinischen Militärübung, bei der auf der Insel Palawan und in der Provinz Zambales die Abwehr einer feindlichen Invasion trainiert wurde.

An dem am 20. August begonnenen Manöver namens »Exercise Alon« (Übung Welle), das an diesem Donnerstag zu Ende ging, nahmen 700 Angehörige der philippinischen Streitkräfte und 1.200 Australier mit Kriegsschiffen und Flugzeugen teil, während 150 US-Marines Hilfestellung boten. Vor allem die Interoperabilität der philippinischen und australischen Partner sollte dabei erstmals erprobt werden. Marcos ließ es sich nicht nehmen, dem Geschehen am 26. August als Beobachter beizuwohnen. Er werde beim bevorstehenden Zusammentreffen mit dem australischen Premier sicher die Fortsetzung solcher Übungen erörtern, so der Präsident vor Reportern in der Basis San Antonio in Zambales.

Zur Provinz Zambales auf der nördlichen Hauptinsel Luzon gehört auch Subic Bay – jener Ort, wo sich jahrzehntelang die größte US-Marinebasis außerhalb der Landesgrenzen befand. Zwölf Kriegsschiffe und 9.000 Marines waren dort im Regelfall stationiert, bis der philippinische Senat 1991

die Fortsetzung des Pachtvertrages verweigerte und die US-Amerikaner bald darauf abzogen. Bereits im April 2014, unmittelbar vor einem Besuch des damaligen US-Präsidenten Barack Obama im Inselstaat, hatten beide Seiten das neue militärische Rahmenabkommen EDCA unterzeichnet, das den USA wieder Truppenbesuche und die Mitnutzung gewisser philippinischer Militäreinrichtungen gestattet. Erst Anfang April dehnte die Marcos-Regierung diese Erlaubnis auf vier weitere Basen aus.

Das Verhältnis zwischen Manila und Canberra baue auf »enger Kooperation im Verteidigungs- und Sicherheitssektor, sich erweiternden ökonomischen Beziehungen und warmen persönlichen Kontakten«, wurde Albanese zuletzt in der führenden philippinischen Tageszeitung, dem *National Inquirer*, zitiert. Bereits im Februar war Australiens Vizepremier und Verteidigungsminister Richard Marles bei einem Besuch im Inselstaat mit Marcos zu Gesprächen zusammengetroffen. In der Folge war unter anderem von gemeinsamen Patrouillenfahrten beider Länder im Südchinesischen Meer die Rede, das in Manila offiziell Westphilippinische See genannt wird. Die Philippinen liegen mit China bei Territorialansprüchen über mehrere Miniinseln und Felsenriffe im Clinch – ein Konflikt, der sich in jüngster Zeit mit konfrontativen Vorfällen immer weiter zugespitzt hat.

## Schmerzlicher Verlust

Kämpfer gegen Pinochet: Langjähriger KP-Vorsitzender verstorben

Es war ein Abschied von einem verdienten Widerstandskämpfer gegen die faschistische Diktatur: In Santiago de Chile wurde am Donnerstag (Ortszeit) der langjährige Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chiles, Guillermo Teillier, beigesetzt. Der am Dienstag im Alter von 79 Jahren an den Folgen einer Covid-Infektion Verstorbene hatte nach dem Putsch vom 11. September 1973 am bewaffneten Widerstand gegen das von General Augusto Pinochet mit Hilfe der CIA errichtete Terrorregime mitgewirkt.

Teillier war nach dem Tod der legendären KP-Vorsitzenden Gladys Marín im Jahr 2005 zu deren Nachfolger gewählt worden. Von 2010 bis 2022 war er drei Wahlperioden lang Abgeordneter seiner Partei im chilenischen Parlament. Vertreter verschiedener Fraktionen würdigten ihn am Mittwoch zu Beginn einer Sitzung der Abgeordnetenkommission des Kongresses mit einer Schweigeminute. Die KP Chiles erinnerte daran, dass Teillier »mit all seiner Energie« an der Schaffung der Volkseinheit (Unidad Popular) aus verschiedenen linken Parteien mitgewirkt hatte, die 1970 die Regierung des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende bildeten. Nach dem Putsch habe er den antifaschistischen Kampf geführt und später als Strategie für die Konsolidierung der Linken gewirkt.

In Anerkennung seiner »unermüdbaren Bemühungen um den Aufbau einer gerechteren Gesellschaft« hatte

Präsident Gabriel Boric eine zweitägige Staatstrauer zu Ehren des »historischen Führers der chilenischen Kommunisten« angeordnet, der sich – so Boric – »sein ganzes Leben lang« für ein freies Chile eingesetzt habe. Auch in anderen lateinamerikanischen Ländern wurde Teillier gewürdigt. Sein Tod schmerze, erklärte Kubas Präsident Miguel Díaz-Canel. »Er war ein Landsmann unseres Amerikas, wie Allende und Fidel. Lebe wohl, Genosse«, schrieb der kubanische Staatschef. Bolivians Präsident Luis Arce nannte Teillier einen bedeutenden »Strategen der linken

Volkskräfte der Region«. Trotz Angriffen auf die kommunistische Partei im eigenen Land würdigte Venezuelas Präsident Nicolás Maduro den verstorbenen Vorsitzenden der KP Chiles als »mutig und einen Feind von Ungerechtigkeit und Hass«.

Der am 29. Oktober 1943 in der rund 500 Kilometer südlich von Santiago de Chile gelegenen Kleinstadt Santa Bárbara geborene ehemalige Spanischlehrer war 1958 der Kommunistischen Jugend Chiles und später der Partei beigetreten, die ihn zum Regionalsekretär in Valdivia und Concepción ernannte. Nach dem Putsch vom 11. September 1973 tauchte er unter, wurde aber im Juni 1974 verhaftet und sechs Monate lang im Keller der Kriegsakademie der Luftwaffe gefoltert. Weitere anderthalb Jahre war er Gefangener der Junta in deren Konzentrations-

lagern in Ritoque, Puchuncaví und Tres Álamos.

Nach seiner Freilassung im Jahr 1976 entschied Teillier sich, in den Untergrund zu gehen, um die interne Führung der KP Chiles wiederaufzubauen. Zusammen mit anderen Überlebenden des Staatsstreichs wurde er 1977 Mitglied der damals illegalen Parteiführung unter der Leitung von Gladys Marín. Zwischen 1983 und 1987 leitete er die Militärkommission der Partei und war unter anderem für die Koordinierung der von Kuba nach Chile gesandten Hilfsgüter verantwortlich. Teillier fungierte zudem unter dem Tarnnamen »Sebastián Larraín« als Bindeglied zu der von KP-Generalsekretär Luis Corvalán im Moskauer Exil gegründeten »Frente Patriótico Manuel Rodríguez« (FPMR), einem Zweig der Partei, der den bewaffneten Widerstand gegen das Pinochet-Regime anführte. In dieser Zeit verübten 25 Mitglieder der FPMR am 7. September 1986 ein Attentat auf Pinochet, das dieser jedoch unverletzt überstand. »Wir befinden uns im Krieg zwischen Marxismus und Demokratie«, erklärte der Faschist danach. Das Regime verschärfte die Repression, und Pinochet drohte: »Entweder ich oder das Chaos.«

Nach dem Ende der Diktatur gewann die Kommunistische Partei Chiles zunächst unter der Leitung von Marín und seit 2005 unter dem Vorsitz von Teillier an Einfluss. Seit 2022 ist sie als Mitglied des linken Parteienbündnisses »Apruebo Dignidad« Teil der Regierung Gabriel Boric und stellt drei Minister.

**Volker Hermsdorf**



**Richtig guter Lesestoff!**

**Jetzt bestellen!**

**75 Ausgaben für 75 Euro**

\* Aktionsabo endet automatisch, muss nicht abbestellt werden.

**www.jungewelt.de/sommerabo** oder unter **0 30/53 63 55-80** oder an **abo@jungewelt.de**

- Ja, ich möchte das Sommerabo der Tageszeitung *junge Welt* (75 Ausgaben für 75 Euro) für mich bestellen.**
  - Ja, ich möchte das Sommerabo der Tageszeitung *junge Welt* (75 Ausgaben für 75 Euro) verschenken/spenden.**
  - Ja, ich möchte die *junge Welt* im Sommerabo (75 Ausgaben für 75 Euro) lesen und bewerbe mich um ein Freiabo. Die Lieferung erfolgt, sobald eine Spende verfügbar ist. Mir entstehen keine Kosten.**
- Das Abo endet nach 75 Ausgaben automatisch und muss nicht abbestellt werden.

Frau  Herr jW

Vorname

Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon E-Mail

**Das Abo soll am  beginnen (spätester Lieferbeginn 2.10.2023)**  
Bestellbar bis zum 11.9.2023.

**Ich spendiere ein Sommerabo:**

Frau  Herr  Abospende frei verfügbar

Vorname

Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich die Verlag 8. Mai GmbH zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung, zur Fortführung des Abonnements und zu Verlagsangeboten kontaktiert. Dieses Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen (per E-Mail: abo@jungewelt.de oder per Post: Verlag 8. Mai GmbH, Aboservice, Torstraße 6, 10119 Berlin). Der Verlag garantiert, dass die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.

**Das Abo bezahle ich per Rechnung.**

Das Aktionsabo ist innerhalb von zwölf Monaten nur einmal pro Haushalt bestellbar und endet nach 75 Ausgaben automatisch. Sie müssen es nicht abbestellen. Lieferung ins Ausland zzgl. 39,30 Euro. Diese Bestellung kann ich binnen 14 Tagen nach Erhalt der ersten Ausgabe bei der Verlag 8. Mai GmbH schriftlich widerrufen.

Datum/Unterschrift

**Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Aboservice, Torstr. 6, 10119 Berlin oder faxen an die 0 30/53 63 55-48. E-Mail: abo@jungewelt.de**

## ■ Frankreich und Afrika

# Ende der Herrlichkeit

Von Jörg Kronauer

Es steht fest: Die Françafrique, Frankreichs klebriges Einflusssystem in seinen ehemaligen afrikanischen Kolonien, bekommt in diesem Jahr so klaffende Risse wie nie zuvor. Das Verhältnis zu Mali, einst eine sichere Bank für Paris im Sahel? Komplet zerrütet. Die Beziehungen zu Burkina Faso, wo sich Frankreich nach dem Mord an Thomas Sankara 1987 durchgängig auf loyale Statthalter verlassen konnte? Kaputt. Auch die Putschregierung in Niger will die militärischen und politischen Bindungen an Paris zerreißt, will – unterstützt von starken Kräften in der Bevölkerung – neue Eigenständigkeit erkämpfen.

Frankreichs Präsenz im zentralen Sahel ließe sich, so scheint es, nur mit einer Militärintervention in Niger behaupten, gegen die schon prophylaktisch Zehntausende in den Städten des Landes protestieren. Und nun auch noch der Putsch in Gabun, wo der Bongo-Clan seit 1967 ununterbrochen als eine der reichsten und loyalsten Stützen der Françafrique herrschte: Es geht, scheint es, den Pariser Seilschaften nicht mehr bloß in West-, sondern nun auch in Zentralafrika an den Kragen.

Tut es das? In Paris wird die Frage zur Zeit heiß diskutiert. Bislang haben die gabunischen Putschisten noch keinerlei Schritte gegen die politische und militärische Präsenz Frankreichs eingeleitet. Eine Parallele zum Krieg im Sahel, der stark dazu beigetragen hat, in den dortigen Ländern den Hass auf Frankreichs Streitkräfte und seine Politik

zu schüren, gibt es in Gabun nicht. In französischen Medien kann man hoffnungsvolle Äußerungen lesen, womöglich handle es sich bei dem Putsch nur um einen Machtkampf zwischen verschiedenen Familien der herrschenden Clans.

Prompt erklärte der EU-Außenbeauftragte Josep »Dschungel« Borrell, man könne die Putsche in Niger und in Gabun nicht vergleichen: Sei in Libreville ein Langzeitherrscher nach mutmaßlich gefälschten Wahlen gestürzt worden, so habe in Niamey ein gewählter Präsident die Macht verloren. Das stimmt nur halb: Auch die Wahlen in Niger, die 2016 und 2021 die jetzt gestürzte Partei an die Macht brachten, waren von starken Fälschungsvorwürfen begleitet worden. Borrell aber sucht nicht nach der Wahrheit, er macht Politik. Er will in Libreville die Türen offenhalten.

Kann Paris also seine Einflusssysteme in Gabun noch retten? Man wird sehen, wie stark der Unmut über die einstige Kolonialmacht nicht nur West-, sondern auch Zentralafrika erfasst hat. Klar ist freilich: Günstig für Frankreich verläuft die Entwicklung nicht. In Paris werden mittlerweile Stimmen laut, die dafür plädieren, den Verlust der Françafrique zu akzeptieren und sich statt dessen auf das Eigentliche zu besinnen – den europäischen Kontinent. Kurz: Truppen sollen stärker als bisher in Osteuropa stationiert werden. Ob Frankreichs Wirtschaftsinteressen in Afrika es zulassen, den anderen Krieg zu wählen, ist freilich noch längst nicht ausgemacht.

## ■ Politikinstrument des Tages

# Der Zehnpunkteplan



IMAGO/PHOTOS IMAGES

Der Zehnpunkteplan hatte in der Vergangenheit meistens einen Umfang von sieben bis elf Punkten. Er feierte vor allem in der Merkel-Ära seinen Siegeszug und gehörte im politischen Alltag zum Standardwerkzeug für Fortgeschrittene. Mindestens dreimal in der Woche wurde er bei verschiedenen Gelegenheiten von unterschiedlichen Ministern eingesetzt, bevor er bei der aktuellen Bundesregierung verschwand und in Vergessenheit geriet.

Die Ampelkoalition bevorzugte eher den Einsatz von 360-Grad-Wendungen, was mit dem Bildungswendegang von Außenministerin Baerbock zusammenhängt. Aber auch mit der Tatsache, dass Baerbock eher vom Völkerrecht kommt, wie sie selbst betont. Manchmal wurde die Wende auf 720 Grad ausgedehnt, was aber im Grunde wenig half. Beobachter der Berliner Regierungsszene fragen sich, ob die Außenministerin einfach nur Teil der dümmsten Regierung Europas ist, wie es Sahara Wagenknecht unterstellt, oder aber an einer milden Form von Hochbegabung leidet.

Bei Journalisten herrscht im Hinblick auf den wiederentdeckten Zehnpunkteplan Skepsis. Viele erwarten eine baldige 360-Grad-Wende. **Dusan Deak**

Der Zehnpunkteplan ist wieder da. Nach der Klausurtagung der Ampelkoalition auf Schloss Meseberg tauchte das altbewährte, fast schon vergessene Standardinstrument der Politik wie aus dem Nichts wieder auf. Er heißt »Zehn Punkte für den Wirtschaftsstandort Deutschland« und hat zum Ziel, Deutschland wieder unter die 500 wichtigsten Industrienationen der Welt zurückzuführen.

Nur um Punkt neun – »Zukunft fördern«, Unterpunkt »Exzellenzinitiative Berufliche Bildung« – zufällig herauszugreifen: Hier hat sich die Bundesregierung beispielsweise vorgenommen, künftig weniger Analphabeten als Außenminister\*innen zu beschäftigen und Studienabschlüsse vom Typ »Annalena Baerbock« dem breiten Publikum zugänglich zu machen.

# »Konzerne in öffentliches Eigentum überführen«

Die Autoindustrie versucht, auf der IAA Elektromobilität als zukunftsfähig zu verkaufen. Ein Gespräch mit Noa Neumann

**A**m kommenden Dienstag ruft ATTAC zu Protesten vor der Internationalen Automobil-Ausstellung, IAA, in München auf, weil Autokonzerne erneut eine »Greenwashing-Show« starten. Wieso gehen Sie davon aus, dass sie sich als »grün« ausgeben wollen?

Greenwashing bedeutet, dass Unternehmen und Institutionen versuchen, sich als nachhaltig darzustellen, obgleich sie es gar nicht sind. Die Messe hat sich in »IAA Mobility« umbenannt, will so suggerieren, dass sie allgemein für Mobilität stünde. Seither werden auch Fahrräder ausgestellt. Man tut alles, um zu verschleiern, dass Autos weiterhin unverkennbar die Hauptattraktion sind. Auf der Webseite der IAA versucht man, sich mit der Elektromobilität als zukunftsfähig darzustellen.

**Warum kann man E-Autos nicht als ökologisch bezeichnen?**

Elektroautos werden mit Strom betrieben, der hauptsächlich aus fossiler Energie produziert wird. Zudem werden Menschen aus Südamerika für den umweltschädlichen Abbau von Lithium unter miesen Arbeitsbedingungen ausgebeutet. Das Grundwasser und die Trinkwassersicherheit der Menschen vor Ort werden dadurch gefährdet. Lithium verursacht CO<sub>2</sub>-Emissionen und ist nicht nachhaltig.

**Sie kritisieren Bundesverkehrsminister Volker Wissing und Kanzler Olaf Scholz für deren Verkehrspolitik?**

Die Ampelregierung verschleppt die Verkehrswende und die dringende benötigte Reduktion des Ausstoßes von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Sie ignoriert, dass wir dringend weg vom Auto müssen und den öffentlichen Nahverkehr



Noa Neumann ist Sprecherin von »Junges ATTAC«

ausbauen sollten. Wissing versucht, davon abzulenken, dass er jetzt verkehrspolitische Alternativen einleiten müsste. Gerade auf dem Land existieren kaum öffentliche Verkehrsmittel. Statt die Netze des ÖPNV auszubauen und das Neun-Euro-Ticket weiterzuführen, subventioniert er weiterhin Firmenwagen und Flüge.

**Die etablierten Parteien weisen stets auf die Gefahr von Deindustrialisierung und Wirtschaftskrise hin. Was sagen Sie dazu?**

Das ist wieder eine Ausrede, um keinen Klimaschutz zu schaffen. Die Industrie klimafreundlich auszubauen ist unabdingbar. Wir brauchen jetzt eine sozial-ökologische Transformation. Statt dessen lässt man Konzerne weiterhin mit klimaschädlichen Konzepten Profit machen. Der Zweck kann nicht sein, dass sich CEOs ständig Prämien auszahlen können. Wir brauchen eine Wirtschaft, die den Bedürfnissen der Menschen und der Umwelt dient.

**Die Regierung behauptet, so sei die deutsche Wirtschaft nicht mehr konkurrenzfähig; Unter-**

**nehmen würden in andere Länder auswandern.**

Das ist ebenso eine Ausrede. Der Klimawandel ist ein globales Problem. Alle Länder müssen ihre Wirtschaft nachhaltig umgestalten. Weiter auf Wachstum zu setzen und das in Paris vereinbarte 1,5-Grad-Ziel nicht einzuhalten ist absurd. Hilfreich wäre, jetzt den Umbau der Autoindustrie anzugehen. Es schadet der Wirtschaft, wenn sie sich der Notwendigkeit nicht stellt, sich der Klimakrise nicht mit angemessener Produktion anpasst.

**Wie könnte eine Transformation der Autoindustrie aussehen?**

Die Argumentation, so würden Arbeitsplätze verloren gehen, ist falsch. Im Gegenteil: Produziert man jetzt nicht sozial-ökologisch unter Mitbestimmung der Beschäftigten, gerät man ins Hintertreffen. Die Menschen warten auf alternative Möglichkeiten. Es gibt Beispiele in anderen Ländern, wie es funktionieren kann. Die Konzerne müssen dafür in öffentliches Eigentum überführt werden.

**Welche Wirkung erhoffen Sie sich von Ihren Protesten vor der IAA?**

Am Dienstag beginnt ATTAC mit einer symbolischen Aktion gegen das Überschreiten der Erderwärmung von 1,5 Grad. Wir wollen aufzeigen, wie eine klimagerechte Alternative zum Kapitalismus funktionieren kann. Am Sonntag wird eine Großdemo stattfinden. Immerhin fand die IAA 2019 zum letzten Mal in Frankfurt am Main statt. Damals gab es große Proteste. Wir hoffen, dass die Autolobby nun auch in München endlich aufgibt, das Auto als omnipräsent darzustellen.

Interview: Gitta Düperthal

## ■ Abgeschrieben

**■ Anlässlich des Antikriegstages erklären die Landesvorsitzenden von Die Linke Sachsen, Susanne Schaper und Stefan Hartmann, gemeinsam mit dem Linke-Fraktionsvorsitzenden im Sächsischen Landtag, Rico Gebhardt:**

»Der Antikriegstag erinnert an den Überfall Deutschlands auf Polen im Jahr 1939. Auch im achten Jahrzehnt nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges ist die mahnende Erinnerung notwendig. Denn auch die zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts sind durch zahlreiche Kriege geprägt. Abermillionen Menschen wurden in diesen getötet, noch mehr verwundet, verletzt oder vergewaltigt. Krieg ist auch heutzutage die wichtigste Ursache für die Flucht von Menschen aus ihrer Heimat, die oft genug dem Erdboden gleich gemacht wird. Wir sagen sehr klar, dass wir insbesondere Deutschland in der Verantwortung sehen, alles in seiner Macht zu tun, um weltweit die Waffen schweigen zu lassen und seine diplomatischen Bemühungen zuallererst darauf auszurichten, dauerhaft für gerechten Frieden zu arbeiten. (...)

Im Sinne des Grundgesetzes ist der »Frieden der Welt« der höchste Wert, dem deutsche Politik verpflichtet sein

muss. Wir wissen, dass »gerechter Frieden« ein sehr hohes Ziel ist. Aber er ist die Grundlage für eine Welt, in der die Menschen- und Völkerrechte im Zentrum stehen.

Die Linke steht seit jeher konsequent gegen Kriege und damit auch gegen die Ursachen dieser Kriege, die sich zum Beispiel in einer ungerechten Weltordnung finden lassen. (...) Unser »Nein!« zum Krieg wird an diesem 1. September zu hören sein und bestimmt unser politisches Handeln zu jeder Zeit.«

**■ Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) veröffentlichte am Donnerstag eine Erklärung zum Ausbildungsreport 2023 der DGB-Jugend:**

Der Ausbildungsreport 2023 der DGB-Jugend deckt erneut Missstände in der Ausbildung auf. Es wird deutlich, dass Auszubildende vor allem eins sind – billige Arbeitskräfte. Fast drei von zehn Azubis sind demnach unzufrieden mit ihrer Ausbildung, jeder sechste Azubi würde die Ausbildung in seinem Ausbildungsbetrieb nicht weiterempfehlen. (...)

Aus der Studie geht deutlich hervor, dass Arbeitgeber in der Ausbildung nur die nötigsten Fachkenntnisse vermitteln

wollen, die gebraucht werden, damit sie profitabel arbeiten können. Somit steht das Profitinteresse der Unternehmen dem Interesse der Azubis an einer einflussreichen und qualitativ guten Ausbildung, einem Azubigehalt, das zum Leben reicht, und einer unbefristeten Übernahme entgegen. Nicht vergessen werden dürfen dabei die rund 300.000 Jugendlichen, die jedes Jahr erst gar keinen Ausbildungsplatz bekommen. (...)

Die SDAJ hat eine lange Tradition beim Kampf um bessere Ausbildungsqualität. Die Bundesvorsitzende Andrea Hornung kommentiert den Ausbildungsreport mit folgenden Worten: »Azubis dürfen nicht länger nur als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden! Was wir brauchen, ist eine gesetzliche Garantie auf eine betriebliche Ausbildung, die uns in unseren Fähigkeiten und Interessen fördert, die uns nicht an den Rand der Erschöpfung bringt und von der wir gut leben können. Für die bessere Planbarkeit unserer Zukunft brauchen wir zudem eine Garantie auf unbefristete Übernahme.«

Dafür kämpft die SDAJ zusammen mit den Gewerkschaftsjugendlichen, den Azubis im Betrieb und im Rahmen von Tarifrunden, wie bei der jetzt anstehenden Tarifrunde der Länder.



»Strategische Diversifizierung«: Saudischer Kronprinz mit Xi Jinping in Riad, Dezember 2022

# Diplomatische Gaukeleien

Bericht über Atomkraftwerkbau in Saudi-Arabien zeigt: Israel will geheime Zusammenarbeit, aber keine »Normalisierung«. Von Knut Mellenthin

Saudi-Arabien prüft ein chinesisches Angebot, im Königreich ein Atomkraftwerk zu bauen. Mit dieser in Wirklichkeit keineswegs sensationellen Meldung löste die in den USA erscheinende Tageszeitung *Wall Street Journal* am vorigen Freitag eine Flut von Reaktionen in den Medien der Nahostregion – einschließlich und vor allem Israels – aus.

Am sachlichen Inhalt des Artikels kann das nicht liegen: Erstens enthielt er absolut nichts Neues, und zweitens berief sich das *Wall Street Journal* für seine banalen Aussagen ausschließlich auf namenlose »saudische Funktionsträger, die mit der Angelegenheit vertraut sind«. Die Aufregtheit, die das Blatt trotzdem mit seiner Meldung hervorrief, ist offenbar allein dem größeren politischen Kontext der Geschichte zuzuschreiben. Es geht dabei um die in Israel zur Debatte stehenden Anstrengungen der US-Regierung, eine »Normalisierung« der diplomatischen Beziehungen zwischen dem zionistischen Staat und Saudi-Arabien zumindest auf den Weg zu bringen. Präsident Joseph Biden, der um seine Wiederwahl im

November 2024 kämpft, könnte das als großen außenpolitischen Erfolg feiern lassen. Dieses Vorhaben enthält jedoch angesichts des Verhältnisses zwischen Washington und der israelischen Regierung, die sich seit dem Antritt der Koalition zwischen Rechten und Ultra-rechten im Dezember 2022 zunehmend problematisch entwickelt, auch erhebliche Risiken für Biden.

Seit 15 oder 20 Jahren ist allgemein bekannt, dass Saudi-Arabien im Zuge seiner »strategischen Diversifizierung«, der Verringerung der überragenden Rolle seiner Vorkommen fossiler Brennstoffe wie Erdöl und Erdgas, unter anderem auch Atomkraftwerke bauen will. Zudem gibt es regelmäßig Berichte, dass die Saudis darüber nicht nur mit US-amerikanischen Konzernen, sondern auch mit französischen, südkoreanischen und chinesischen Unternehmen verhandeln.

Die Vereinigten Arabischen Emirate – mit denen das saudische Königreich nicht nur wirtschaftlich konkurriert, sondern auch politisch rivalisiert – haben in Barakah als erstes Land der arabischen Welt seit 2020

einen Reaktorkomplex in Betrieb, der sich noch im weiteren Ausbau befindet. Errichtet wurde und wird die Anlage, die in naher Zukunft vier Reaktoren umfassen soll, von einem internationalen Konsortium unter Führung des südkoreanischen Konzerns KEPCO. Die Endkosten werden auf 24,4 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Saudi-Arabien will nicht nur zum Konkurrenten aufschließen, sondern plant erklärtermaßen darüber hinaus ein Atomprogramm, das »den kompletten nuklearen Kreislauf« umfassen soll. Dazu gehören neben dem Reaktorbetrieb auch die Herstellung des »Yellow Cake«, einer frühen Verarbeitungsstufe von Uranerz, die Anreicherung des Urans und die Verarbeitung zu Brennstäben. Das bedeutet, dass nach gegenwärtiger Rechtslage eine Mitwirkung von US-Unternehmen beim Reaktorbau ausgeschlossen ist. Denn eine Regierungsvorschrift besagt, dass Saudi-Arabien sich dabei zum Verzicht sowohl auf den Abbau von Uranerz als auch auf die Anreicherung verpflichten müsste. Das bringt automatisch China als wichtigste Alternative ins Spiel.

Die Akzeptanz seines geplanten Atomprogramms gehört zu den zentralen Bedingungen, die die saudische Regierung als Voraussetzung für eine »Normalisierung« der Beziehungen mit Israel stellt. Weitere Forderungen Saudi-Arabiens sind israelische Zugeständnisse gegenüber den Palästinensern, die »die Perspektive einer Zwei-staatenlösung offenhalten« sollen, und die Lockerung der von den USA praktizierten Beschränkungen bei der Lieferung moderner Waffen auf aktuellem Stand.

Nichts davon ist für die derzeitige israelische Regierung annehmbar, wie diese auch offen und direkt erklärt. Vermutlich würde und könnte auch keine andere Regierungskonstellation diese Forderungen praktisch erfüllen. Daraus ergibt sich, dass Israel, trotz völlig entgegengesetzten Politikerbekenntnissen, unter den real gegebenen Umständen in Wirklichkeit kein Interesse an einer formalisierten »Normalisierung« der Beziehungen zu Saudi-Arabien, sondern nur an der Ausweitung der inoffiziellen Zusammenarbeit auf vielen Gebieten hat.

## Italien: Fünf Gleisarbeiter tödlich verletzt

**Turin.** Bei Turin hat ein Zug fünf Gleisarbeiter erfasst und getötet. Laut Staatsanwaltschaft prallte der aus leeren Waggons bestehende Zug während einer Dienstreise am Mittwoch kurz vor Mitternacht mit einer Geschwindigkeit von 160 Stundenkilometern nahe der Ortschaft Brandizzo auf die Arbeiter, die Gleisteile austauschten. Zwei Kollegen blieben körperlich unversehrt. Die tödlich verletzten Arbeiter wurden der Nachrichtenagentur *AGI* zufolge über mehrere hundert Meter von dem Zug mitgeschleift. Claudio Tarlazzi, Vorsitzender der Verkehrsgewerkschaft *Uiltrasporti*, sprach von einem »schändlichen Unfall«. Seine Gewerkschaft habe mehrfach auf mangelhafte Sicherheitsbedingungen beim Gleisnetzbetreiber *RFI* hingewiesen. (AFP/iW)

## Türkische Wirtschaft wächst

**Istanbul.** Trotz Währungs- und hoher Inflation ist die türkische Wirtschaft im zweiten Quartal stark gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt legte von April bis Juni um 3,8 Prozent im Jahresvergleich zu, wie das Statistikamt am Donnerstag mitteilte. Ein Grund waren Maßnahmen der Regierung des im Mai wiedergewählten Recep Tayyip Erdogan. Der Mindestlohn wurde in den vergangenen anderthalb Jahren verdoppelt, dazu kamen Rekordbeträge für Sozialhilfe. (Reuters/iW)

## Inflation in Euro-Zone weiter bei 5,3 Prozent

**Brüssel.** Die Inflation in der Euro-Zone lag im August unverändert bei 5,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat, wie die Statistikbehörde Eurostat am Donnerstag mitteilte. Die Energiepreise zogen um 3,3 Prozent an, die für Nahrungsmittel um 9,8 Prozent. Niedrige Raten hatten Belgien und Spanien mit 2,4 Prozent, die Slowakei und Kroatien lagen mit 9,6 Prozent beziehungsweise 8,5 Prozent weit über dem Durchschnitt. Auch die BRD lag mit 6,4 Prozent darüber. (AFP/iW)

# Meloni auf der Heuschrecke

Italien: Regierung will mit US-Fonds Festnetz von Telecom Italia übernehmen

Das italienische Wirtschaftsministerium von Giancarlo Giorgetti (Lega) wird wohl 20 Prozent der Festnetzgesellschaft der Telecom Italia (TIM) übernehmen. Die Möglichkeit, dieses Fünftel in staatliche Hände zu bringen, wurde am Montag von der Regierung von Giorgia Meloni (Fdi) per Dekret eröffnet. Die Beteiligung soll im Rahmen einer Partnerschaft mit dem US-Investmentfonds *KKR* umgesetzt werden, der Anfang August Verhandlungen mit der hochverschuldeten TIM-Aktiengesellschaft aufgenommen hatte. Ende vergangener Woche unterzeichneten die Regierung und der US-Finanzkoloss eine Absichtserklärung, nach der sie die milliardenschwere Übernahme der Firma *Netco* gemeinsam angehen. *Netco* umfasst das Festnetz des Exmonopolisten und dessen Unterwasserkabelsparte *Sparkle*.

Das Netz von TIM ist nach wie vor die wichtigste Telekommunikationsinfrastruktur Italiens, die Nettoverschuldung

des Unternehmens liegt derzeit bei etwa 26 Milliarden Euro. Die von der Konzernsparte *Sparkle* verwalteten Glasfaserkabel auf den Meeresböden rund um die Halbinsel kommen auf mehr als 600.000 Kilometer Gesamtlänge.

Die TIM versucht seit 2021, beide Sparten und damit den größten Teil der Schulden loszuwerden. Der *KKR*-Fonds zeigt seit längerem Interesse an dieser Kapitalanlage. Die Regierung wiederum will laut Giorgetti »die Kontrolle über Entscheidungen behalten, die strategische Infrastruktur betreffen«. Sein Ministerium ist bereits Aktionär der TIM, es hält über den staatlichen Investor *Cassa dei Depositi (CDP)* einen Anteil von 9,8 Prozent. Nun soll dieser Anteil durch die staatliche Investition von weiteren 2,2 Milliarden Euro verdoppelt werden.

Die CDP hatte darauf gedrängt, die TIM mit dem ebenfalls staatlich gestützten Konkurrenten *Open Fiber* fusionieren zu können. US-Investor *KKR* steuer-

entschllossen dagegen: Nach Angaben der Nachrichtenagentur *Reuters* liegt das Angebot des *Private-Equity*-Fonds für *Netco* bei 23 Milliarden Euro. Als *KKR* Anfang des Jahres ein unverbindliches Angebot vorlegte, wurden die diesbezüglichen Vermögenswerte der TIM mit 20 Milliarden Euro bewertet, nun kamen noch mal drei Milliarden plus 2,2 Milliarden vom Staat obendrauf.

Verhindert oder zumindest erschwert werden könnte die Übernahme noch durch den französischen *Vivendi*-Konzern, der fast 24 Prozent der TIM-Anteile hält. Das Unternehmen hat sich zu den neuesten Entwicklungen noch nicht geäußert, laut *Reuters* sollen Gespräche mit Regierungsberatern abgewartet werden. *Vivendi*-Vertreter haben allerdings bereits erklärt, dass die Vermögenswerte der TIM bei dem Deal offenbar unterbewertet werden sollen. Das Netz sei eher 30 Milliarden Euro wert. Allerdings will die Regierung sich auch über den staatlichen Infrastrukturfonds *F2I*

an *Netco* beteiligen. Am Ende könnten zwischen 30 und 35 Prozent der Anteile »in italienische Hand« gelangen. Berichten zufolge sollen die Investments mit der Ausgabe von Staatsanleihen finanziert werden.

Der Deal hat für die Nationalisten an der Macht höchste Priorität, wie Premierministerin Meloni am Montag erklärte: »Die Regierung hat Maßnahmen ergriffen, um nationale Interessen und Arbeitnehmer zu schützen«. Weiter sagte sie: »Nachdem wir mit einer von der EU-Kommission genehmigten Vereinbarung mit der Lufthansa eine seriöse Lösung für die ITA gefunden haben, ist es nun an der Zeit, einem der internationalen Telekommunikationschampions eine Perspektive zu geben«. An der Börse verzeichnete *Telecom Italia* am Montag einen Kursanstieg von 3,35 Prozent. Sollte der *Vivendi*-Konzern im Laufe der kommenden Tage seine Zustimmung erteilen, dürfte dem Deal nichts mehr im Weg stehen. Alex Favalli

## iW Vorschau

### Lesen Sie am Wochenende:



### »Social Media beflügelt die schlimmsten Instinkte der Menschheit«

Über den Verlust der Fähigkeit, zwischen Fakten, Meinungen und Fiktion zu unterscheiden sowie kognitive Kriegführung am Beispiel der Ukraine.

Ein Gespräch mit Ignacio Ramonet

Ausgabe für 2,50 € (D), 2,80 € (AUT) bzw. 3,00 CHF am Kiosk erhältlich

## Neue Besen

Die Berlinale soll eine neue Führung bekommen. Die bisherige Doppelspitze aus Carlo Chatrian und Mariette Rissenbeek wird von einem Intendanzmodell abgelöst, wie Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) am Donnerstag in Berlin mitteilte. Die neue Intendantin oder der neue Intendant soll von einer Findungskommission unter ihrem Vorsitz bestimmt werden. Am Donnerstag verständigte sich der Aufsichtsrat der Kulturveranstaltungen des Bundes (KBB) zur Zukunft der Leitungsebene der Berlinale.

Der bisherige künstlerische Leiter Chatrian wolle »mit der neuen Intendanz in konstruktive Gespräche über eine künftige Rolle im neuen Team der Berlinale« eintreten, hieß es weiter. Welche Position er dabei konkret übernehmen soll, wurde noch nicht bekannt.

Schon im März war bekannt geworden, dass Chatrians Ko-Leiterin Rissenbeek ihren Vertrag als Geschäftsführerin des Festivals nicht hat verlängern lassen. Sie verlässt ihre Position erst nach der 74. Berlinale Ende März 2024. Bevor Chatrian und Rissenbeek die Leitung als Doppelspitze übernahmen, hatte Dieter Kosslick die Berlinale allein geleitet.

Roth erklärte am Donnerstag: »Die Gespräche, die wir in den vergangenen Monaten auf verschiedenen Ebenen mit zahlreichen Menschen geführt haben, die bei, mit oder für die Berlinale arbeiten, haben uns zu der gemeinsamen Überzeugung geführt, dass das größte Publikumsfilmfestival der Welt künftig wieder von einer Person geleitet und repräsentiert werden sollte.« (dpa/iw)

## Pariser Mode

Unter dem Motto »Made in Paris« zeigt das Folkwang-Museum Grafiken in Künstlerbüchern und Mappenwerken von Künstlern wie Marc Chagall, Henri Matisse oder Joan Miró. Die Werke seien seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in der französischen Hauptstadt in Originaldrucken entstanden, sagte Ausstellungleiter Tobias Burg am Donnerstag in Essen.

Zu sehen sind bis zum 7. Januar etwa Radierungen von Chagall zur Illustration des Alten Testaments oder Farblithographien des Künstlers zur antiken Liebesgeschichte »Daphnis und Chloé«. Mit ausgewählten Gemälden illustriert das Museum die Verbindungen zwischen Grafik und Malerei.

Seit Ende des 19. Jahrhunderts seien die hochwertigen Originaldrucke in Paris in Mode gekommen. Verleger hätten dabei das Marktrisiko übernommen. Druckauflagen von wenigen hundert Exemplaren hätten den Zugang zu Originalwerken großer Künstler deutlich erweitert. »Das war Kunst nicht für jeden Geldbeutel, aber doch für viele. Und deutlich günstiger als die Bilder der Künstler«, sagte Burg. (dpa/iw)

Vor einiger Zeit kritisierte die nordirische Schriftstellerin Rosemary Jenkinson die literarische Mode des »Belfast Noir« und konstatierte: »Statt die alten Schätze der Troubles und des Dramas der Spaltung zu plündern, sollten wir nach vorne schauen.« Ihre Kollegin Sharon Dempsey erwiderte ihr: »Da es keinen Wahrheits- und Versöhnungsprozess gibt, bietet Fiktion einen Raum, um herauszuarbeiten, wie die Vergangenheit zu bewältigen wäre, damit wir voranschreiten können.« In der Debatte blieb die Frage ausgespart, inwieweit die historische Gattung Roman mit ihren auktorial organisierten Erzählmustern im 21. Jahrhundert überhaupt noch wirksam sein kann.

Der Debütroman »Übertretung« (Originaltitel: »Trespases«) von Louise Kennedy ist ein weiteres Werk des »Belfast Noir« und der Versuch, die Vergangenheit im Nordosten der Grünen Insel, also 30 Jahre gewaltsame Auseinandersetzungen, im Sinne einer neuen Gemeinschaft jenseits des Dramas der Spaltung zu bewältigen. Vor der Folie des auch nach dem Schweigen der Waffen noch immer virulenten »Sectarianism« schildert Kennedy die Liebesgeschichte der Katholikin Cushla Lavery mit dem angesehenen protestantischen Prozessanwalt Michael Agnew und schreibt an gegen die Mär vom Religionskrieg.

»Sectarianism« ist ein Begriff, für den es keine adäquate deutsche Übersetzung gibt. Es handelt sich um eine extrem ideologisierte soziale Spannungsbeziehung mit durchgängig alltäglicher Bedeutung, die mehr ist als nur der Unterschied zwischen protestantischer und katholischer Glaubenszugehörigkeit. Die Aufrechterhaltung des Unterschieds hat soziale Signifikanz für alle Formen des nordirischen Lebens, macht sich fest an Namen, an Mimik und Kleidung, an Stadtviertel und Schule, an Sportvereinen, an linguistischen Patterns, an Farben und Symbolismen. Diese fatale Beziehung der Menschen in Nordirland zueinander ist vermittelt, zugleich gebrochen und in diesem Bruch ständig perpetuiert durch den sektiererischen Staat und seine Institutionen, auf der Grundlage fortgesetzter britischer Oberherrschaft. In »Übertretung« heißt es, Bushmills sei ein anständiger protestantischer Whiskey: »Anständiger protestantischer Whiskey. Anständige Ulster-Protestanten. Wenn etwas sauber und ordentlich war, wenn es so war, wie es sein sollte, wurde es als protestantisch beschrieben. Selbst Katholiken redeten so.«

Kennedys Roman spielt im Jahr 1975. Damals wurden 206 Menschen Opfer der euphemistisch Troubles genannten Ereignisse, 174 von ihnen waren Zivilisten. Ein Waffenstillstand der IRA und von der britischen Regierung eingerichtete »Incident Centres« nährten bei Unionisten und Loyalisten die Angst vor britischen Zugeständnissen an den republikanisch-nationalistischen Teil der Bevölkerung. Eine besonders brutale Loyalistengang, die »Shankill Butchers«, begann 1975 in sogenannten Romper rooms vermeintliche Gegner bestialisch zu foltern und zu ermorden.

Cushla Lavery ist Grundschullehrerin, sie kümmert sich um ihre dem Gin verfallene Mutter Gina und hilft häufig ihrem Bruder Eamonn im familieneigenen Pub, der in einem von Protestanten dominierten Ort in der Nähe Belfasts liegt und in dem Protestanten, Katholiken sowie sich dumpf und triumphalistisch aufführende britische Soldaten zu den Gästen gehören. Ginas Lebensgeschichte ist eine der fortgesetzten Gewalterlebnisse. Sie war 1920, während der ersten Troubles, in einem Raum über einem Pub geboren worden, nur Tage, nachdem protestantische Nachbarn das



Den euphemistisch Troubles genannten Ereignissen fielen 206 Menschen zum Opfer, 174 von ihnen Zivilisten (Autobombenanschlag in Belfast, 1975)

## »In welchem Höllenloch leben wir hier eigentlich?«

Louise Kennedys Roman »Übertretung« über das anhaltende nordirische Trauma der »Troubles«. Von Jürgen Schneider

Haus ihrer Eltern in Brand gesetzt hatten.

Die Lehrerin Cushla fragt bei Unterrichtsbeginn von den Schülern die aktuellen Nachrichten ab. Das politische Geschehen ist im Roman allerdings eher ein permanentes Hintergrundrauschen, während Kennedy detailversessen über Kleidung, Inneneinrichtung oder Mahlzeiten schreibt.

Cushla hält ihre schützende Hand besonders über ihren Schüler Davy McGeown, vor allem nachdem dessen Vater von einer loyalistischen Mörderbande »in Stücke gehackt« worden war. Die Tat ist zunächst Topmeldung in den Nachrichten, wird aber flugs durch den nächsten Gewaltakt abgelöst. »In

welchem Höllenloch leben wir hier eigentlich?« fragt Cushla. Die katholische Familie McGeown lebt in einer von Protestanten dominierten Straße, in der das Graffito »Taigs Out!« Katholiken dazu aufruft zu verschwinden. Es sieht dort aus »wie in Nürnberg, Fahnen, Wimpel, angemalte Bürgersteige.« Die anständigen protestantischen Nachbarn werfen den McGeowns ständig Hundescheiße über den Zaun. Als die Kinder in der Schule über ihren Lieblingsort schreiben sollen, kritzelt Davy seine Utopie ins Schreibheft: »Überall, wo wir alle zusammen sind. Das ist mein Lieblingsort.«

Ihre Beziehung zu dem verheirateten Rechtsanwalt Michael Agnew, der

auch Angeklagte aus der irisch-republikanischen Bewegung verteidigt, muss Cushla geheimhalten. Eine Ausnahme ist der Irischunterricht, den Cushla auf Bitten Michaels ihm und ein paar seiner feinen, sich liberal gebenden protestantischen Freunden erteilt. Cushla und Michael treten dort zwar nicht als Paar auf, die Gäste wissen aber bald, dass sie für Michael mehr ist als nur eine Lehrerin.

Die Liaison dangereuse endet mit dem Tod von Michael – er wird erschossen. Warum, bleibt unklar, es könnte aber durchaus sein, dass britische Geheimdienstler bei seinem gewaltsamen Ende die Finger im Spiel hatten. Schließlich hatte Michael, eigener Aussage nach »mehr so der All-Ireland-Typ«, sich für republikanische Gefangene eingesetzt, die offiziell als »Terroristen« galten. Seinen Freunden hatte er berichtet, dass diese Gefangenen ungerecht behandelt werden: »Diese Art Gerichtssystem würde nirgendwo sonst im Vereinigten Königreich geduldet. Oder überhaupt in einem zivilisierten Land (...) Hin und wieder kommt es vor, dass Polizei und Armee die Sache so vermässeln, dass man gut und gern von einer Rekrutierungskampagne für die IRA sprechen kann.« Während er dies glasklar formulierte, sprachen seine Freunde stockend, ihr Satzbau war grauenerregend und die Betonung so daneben, dass Cushla einige Wörter kaum wiedererkannte, aber sie machten munter weiter. »Von dem offenkundigen Unterschied abgesehen, war dies der wirkliche Unterschied zwischen ihnen und ihr. Sie besaßen das Selbstvertrauen, Fehler machen, sich Dummheiten leisten zu können.« Es bleibt den britischen Nordirlandministern vorbehalten, der Bevölkerung die Auffassung zu vermitteln, die »dunkle Geschichte« Nordirlands, für die sie gesorgt haben, doch einfach zu »vergessen«.

■ Louise Kennedy: Übertretung. Aus dem Englischen von Claudia Glenewinkel und Hans-Christian Oeser. Steidl-Verlag, Göttingen 2023, 304 Seiten, 25 Euro

### ■ Zu schade zum Wegschmeißen: Nippes

Nippes ist ein zu wenig bekannter Stadtteil Kölns, Zeug ein ontologischer Kernbegriff bei Heidegger. Für Kram, Krempel, Trödel, Tand und Gedöns gilt das nicht, die stehen nur dumm rum. Wir umgeben oder besser umzingeln uns mit Dingen, und was wir besitzen, besitzt bekanntlich auch uns (meint Tyler Durden in »Fight Club«). Ein Freund wollte seine teure Aufnahmeelektronik für ein paar Jahre mit nach China nehmen, unterschätzte aber den Zoll. Also in Deutschland einlagern, dachte er sich, unterschätzte aber diesmal die Lagerkosten, die über der Miete seiner unverschämte günstigen, aber jetzt gekündigten Junggesellenbutze lagen. Die Dinge wohnen also manchmal teurer als die Menschen.

Reine Kramwohnungen gibt es immer häufiger, weil die Leute mobil sein wollen, aber auch, weil der Kram immer mehr wird und nach der Rückkehr oder einer Haushaltszusammenlegung nicht mehr in die neue Wohnung passt. So ist der Shurgard-Leuchtturm geradezu das Symbol unseres aus dem Ruder gelaufenen Konsumgesellschaftsschiffs, auf dem die Dinge weder Nutz- noch Warenwert haben, aber irgendwie doch zu schade sind zum Wegschmeißen. Noch zu schade. Beim Ableben sieht das anders aus. Was gerade noch genutzt oder wenigstens geliebt wurde – teure, aber altmodische Möbel, das vollständige Markenteesservice in nicht mehr zeitgemäßem Design, teure Elektronik der vorletzten Generation, Bücher, Markenkleidung für alte Leute – alles kommt in die Tonne, weil die Miete weiterläuft und auf die Schnelle keine Abnehmerin zu finden ist.

Wahrscheinlich nicht mal auf die Langsame, denn ziemlich genau der gleiche Kram steht auch in den Wohnungen der anderen wohlhabenden Alten, und wenn ausnahmsweise noch nicht, kaufen sie sich Neuware. Aber an Ärmere verschenken wollen die Erben die guten Sachen meist auch nicht. Aus schlechtem Gewissen lagern viele sie also ein, »bis wir wissen, was wir damit machen«. Irgendwie mochte man den Onkel Helmut ja auch, da wäre es doch pietätlos, seine Modellfahrzeuge zu verkloppen. Kann man so sehen. Muss man aber nicht.

Marc Hieronimus



Sie sind wach: Jeff Mills, Prabhu Edouard, Jean-Phi Dary (v. l. n. r.)

KANINCEL

# Die Musik ist anderer Meinung

Falsche Sätze: Das Kampnagel-Sommerfestival in Hamburg. **Von Monika Köhler**

Das Ereignis, das mich zuallererst reizte beim Internationalen Kampnagel-Sommerfestival in Hamburg (9. bis 27. August) fand nicht auf dem ehemaligen Fabrikgelände statt, sondern in der von der Otto-Versand-Familie renovierten Kunsthalle. Versprochen war der Einblick in die »Abgründe der Kunst- und Finanzwelt«. Aber, das hätte mich warnen können: »inklusive Engeln und Untoten«.

## Ach, Wolkenstudien

Der Performancekünstler Walid Raad hatte von der »Thyssen-Bornemisza Art Contemporary« den Auftrag bekommen, die Kunstwerke, die der Baron der Kunsthalle 1992 geschenkt hatte, zu präsentieren. Sie seien – das vermerkte das Begleitheft auch – so bizarr, dass sie »nie ausgestellt wurden«. Auf jeden Fall sei es verboten, die Vorderseite zu betrachten. Auf der Rückseite Holzleisten wie gewohnt und, ach, Wolkenstudien, wie John Constable, der britische Maler, sie tatsächlich schuf – auf Papier, ja und? Die russische Restauratorin Lamia Antonova spielte in dieser Performance eine große Rolle – die skurrilsten Einfälle stammen von ihr.

Raad springt von einem Objekt zum nächsten, wir hecheln hinterher. Engel, die sich selbst reparieren, genau 285 – in der Bibel wie in der Kunsthalle, er hat nachgezählt. Die Bedeutung, die geheim ist und geheim bleibt. Bilder von nordamerikanischen Künstlern des 19. Jahrhunderts, Landschaften. Der libanesische Performer, der in den USA lebt, verwebt alles miteinander, stellt Beziehungen her und zeitliche Verknüpfungen, die so absurd sind, dass es sogar im Beiheft formuliert wird: aus dem Nichts kommen, wo Bilder niemals hängen, ein Ort namens »Nirgendwo«. Historische und fiktive Welten werden miteinander verwoben. Die Performance heißt: »Cotton under my feet« – Baumwollfelder? Wer

will, kann sich das mittels Audio-guide noch bis zum 12. November zu Gemüte führen.

## Nebel im Raum

Nun zu Kampnagel, in die Halle K2. Das Stück »Extra Life« von Gisèle Vienne machte mich ratlos. Es ist die Geschichte eines Geschwisterpaares und einer dritten Person – eine weitere Schwester? Das bleibt unklar wie so vieles. Nebel im Raum, ein Auto, in dem ein Mann und eine Frau sitzen, Bruder und Schwester. Es ist früher Morgen, Vögel zwitschern. Ziemlich dunkel noch. Gespräche über eine Party und über von Ufos Entführte, auch über Aliens. Sie stopft Chips in sich hinein, verlangt nach mehr. Sie, Klara (Adèle Haenel), lacht albern. Qualmt das Auto? Er (Theo Livesey) steigt aus. Irgendwer spricht von Sauerstoff, der begrenzt sei. Er geht stockend – ist das ein Alienparkplatz in der Wüste? Sie haben wohl zu viele Videospiele gesehen. Sie steigt ebenfalls aus – qualvolle Bewegungen. Auch eine kurze Umarmung.

Von hinten nähert sich jemand, eine zweite Schwester (Katia Petrowick)? Oder ist sie ein abgespaltener Teil von Klara? Ähnlich gekleidet. Alle bewegen sich, als wären sie schon tot. Doch hier findet ein Familientreffen statt. Das, worum es geht, eine Vergewaltigung, wird nie angesprochen. Das Schweigen ist das Gespräch. Die Erinnerung an die Beerdigung eines »Frankie«, auf der alle schrecklich weinten. Wer war es? Dann ein Witz – hektisches Lachen. Es wird französisch geredet, ganz oben der deutsch-englische Text, der kaum weiterhilft, der alles verschleiern. Sie sprechen nicht über das, was geschehen ist. Der Zuschauer erfährt nur die ungeheure psychische Belastung der Geschwister. An den Bewegungen. Die zweite Schwester (oder die imaginäre Klara) drückt die Gefühle im Tanz aus. Wer hat vergewaltigt? Das scheint keine Rolle zu spielen. Die Musik (Caterina Barbieri, Synthesizer) begleitet und

akzentuiert das, was auf der Bühne – und im Kopf – stattfindet. Oft bis zur Schmerzgrenze. Die Räume aus Licht (Yves Godin) erzeugen die Enge eines Tunnels, Wände, die aufgerichtet werden, aber auch weite Landschaften. Die Schwester ohne Namen bewegt sich in diesen Lichtkulissen traumhaft qualitativ. Das grüne Licht kann auch eine Decke bilden, die zu erdrücken droht. Bewegen wir uns im Weltraum oder im Jenseits? Wir hören ein Schluchzen. Von wem? Dann wieder: »Alles prima.« Sätze, so falsch und verbergend wie der Rauch überall. »Jemanden zu lieben, kann man lernen«, flüstert Klara. Sie wollten sich nur die Geschichte erzählen, jetzt, hier nebeneinander im Auto sitzend. Hinter ihnen gibt es einen stummen Passagier, eine blonde Puppe, die alles mithört.

Plötzlich ein Knall, alles wird rot. Feuer? Eine Explosion, real oder im Kopf? »Ich habe alles falsch gemacht«, sagt wer? Dann lachen sie wieder, ein Witz. Das Feuer bündelt sich zu Strahlen, die alles zu durchbohren scheinen.

Felix nimmt die stumme Zeugin aus dem Wagen, setzt sie auf einen Stuhl. Sie hat ein Stofftier im Arm, er schlägt es weg. Er will nicht diese kindliche Zeugin und verwandelt sie durch eine Maske in eine Alte. Eine grinsende Fratze. Erinnerungen an die Kindheit, Sätze: »Los, versteck dich im alten Schafstall. Sei kein böses Mädchen. Aber was ist mit dir, Putchie? Was ist passiert?« Schweigen, eingeübt. Bis heute. Felix steckt seinen Kopf krampfhaft in einen Eisbehälter, der dampft. Dann erneut die Beerdigung – seine, wessen? Er ist seit Jahren tot, heißt es.

Und eine genaue Uhrzeit, die immer wieder genannt wird: 5 Uhr 38. Warum? Um einen Fixpunkt zu haben zu diesem so nebulösen Geschehen? Eine präzise Zeit in diesem Stück voller Fragen. Die beiden Frauen scheinen sich zu verbünden, tanzen miteinander: ich und ich. »Alles wird gut.« Die Musik ist anderer Meinung, sie bereitet Schmerzen.

Wenn Gisèle Vienne die Erinnerung schärfer beleuchtet hätte, da wäre ein Ansatzpunkt, um dieses Psychodrama klarer zu sehen. Leider blieb vieles im Nebel.

## Dieser Drive

Erholsam dagegen, aber aufregend, das Kampnagel-Konzert in der Elbphilharmonie von Jeff Mills: »Tomorrow Comes the Harvest« mit Jean-Phi Dary und Prabhu Edouard. 2018 erschien bei Blue Note ein Album, an dem der bekannte Drummer Tony Allen mitwirkte, der später verstarb. Seine Stelle nimmt nun Prabhu Edouard an der Tabla ein und gibt der Elektronik einen mitreißenden Rhythmus und neuen Sound.

Die »Techno-Legende« Mills hätte mich beinahe abgeschreckt, weil ich unter Techno etwas Langweiliges, Einförmiges verstand. Weit gefehlt. Diese Vielseitigkeit der Musiker, die Überraschungseffekte, dieser Drive, elektrisierend. Mal fühlt es sich wie ein Flug durch den Weltraum an, erzeugt fast Schwindel. Dann muss man sich zurückhalten, um nicht auf die Bühne zu stürmen, um zu tanzen. Mills, am Synthesizer, spielt manchmal auch die Conga-Drums. Er ist 1963 geboren, gilt als ein bedeutender Vertreter des Detroit-Techno. Er veröffentlichte eine große Zahl von Alben. Die Zusammenarbeit mit Jean-Phi Dary am Synthesizer und Keyboard: kongenial. Vor allem bei Jazz- und Solopassagen, hervorragend.

Die Tabla-Improvisationen von Edouard, indisch, ja, sie stehen für sich und fügen sich doch ein in den Sound, der nichts Einschläferndes hat, im Gegenteil immer wacher macht. Die Lichtstäbe auf der Bühne schwingen in verschiedenen Farben mit, nehmen den Rhythmus auf. Wenn alles in Rot getaucht ist – die aktuellen Horror-nachrichten flammen auf.

Auf dem Nachhauseweg spielt das Autoradio Techno, das Übliche. Ich habe schnell abgeschaltet.

## Erste Wahl

Nach Kritik am Auswahlverfahren wird der Weg zum Deutschen Filmpreis geändert. Künftig soll mit der Vorauswahl eine der bisher drei Stufen zu den begehrten Lolas wegfallen, wie die Deutsche Filmakademie am Donnerstag in Berlin mitteilte. Der nächste Deutsche Filmpreis soll am 3. Mai 2024 in Berlin verliehen werden.

Die gut 20 Preise und mehr als 50 Nominierungen sind mit insgesamt knapp drei Millionen Euro an öffentlichen Geldern dotiert. Zweifel und Diskussionen um das Verfahren gab es zuletzt im vergangenen Jahr. Während die oscargefeierte Produktion »Im Westen nichts Neues« des Streaminganbieters Netflix gleich mehrfach nominiert wurde, stand Christian Petzolds vielgelobter Film »Roter Himmel« nicht auf der Liste.

Ähnlich wie bei den Oscars in den USA stimmen auch in Deutschland die Mitglieder der Filmakademie über die Gewinnerinnen und Gewinner ab. Im Herbst 2022 wurde laut Akademie mit der Ausarbeitung eines neuen Wahlverfahrens begonnen. »Die Mitglieder der Akademie wählen die Nominierungen zukünftig direkt aus allen eingereichten Filmen und nicht mehr aus einer reduzierten, durch eine Kommission getroffenen Vorauswahl«, so die Filmakademie.

Aus den Nominierungen wählen dann die mehr als 2.200 Mitglieder der Filmakademie in einem zweiten und nun letzten Schritt die Preisträgerinnen und Preisträger des Deutschen Filmpreises. Die gewachsene Anzahl der Mitglieder und die digitale Sichtungsplattform werden als Gründe genannt, die das neue Verfahren ermöglichen. »Um sicherzustellen, dass alle für das Auswahlverfahren angemeldeten Filme gesehen werden, erhält jedes Akademiemitglied eine zugestellte Liste an durchschnittlich zehn Filmen, die mindestens gesehen werden müssen, um abstimmen zu dürfen«, so die Akademie. So werde jeder Film statistisch von mindestens 100 Mitgliedern gesichtet. (dpa/iW)

## Für den Spirit

Das Jüdische Museum in Rendsburg zeigt von Freitag an mit der Ausstellung »Will Eisner – Graphic Novel Godfather« die erste deutsche Retrospektive eines der einflussreichsten Comickünstler des 20. Jahrhunderts. Eisner (1917–2005) gilt als der Vater der Comics mit literarischem Anspruch, wie das Museum am Mittwoch mitteilte. Berühmt wurde er mit der Serie »The Spirit« (1940–1952). Eisners Geschichten seien tief sinnige Erzählungen, die von komplexen Themen des Menschseins handeln, von sozialer Gerechtigkeit und jüdischer Identität. Die Ausstellung zeigt Originalzeichnungen von Eisner aus seinem Nachlass und aus europäischen und amerikanischen Privatsammlungen sowie Vintage-Archivalien. (dpa/iW)

Am 6. Juli 2023 folgte der Deutsche Bundestag einer Empfehlung des Petitionsausschusses, die bei engagierten Bürgern auf großes Unverständnis stieß. Es geht dabei um die Traditionspflege in der Bundeswehr, in diesem Fall in der Deutschen Marine. Deren Führungspersonal hält es für richtig, den NS-Gerichtsherrn Konteradmiral Rolf Johannesson, der noch am 19. April 1945 mehrere Todesurteile bestätigt hat, mit dem Widerstandskämpfer Korvettenkapitän Alfred Kranzfelder auf eine Stufe zu stellen und als traditionswürdig zu erklären. In der Aula der Marineschule Mürwik in Flensburg stehen ihre Büsten weiterhin – nur durch eine Tür getrennt – auf Ehrensokkeln nebeneinander. Unkritisch

Vereinigung Johannesson zu einem »engagierten, mutigen und unkonventionellen Marineoffizier«. Von »dem Dilemma zwischen Moral und soldatischem Pflichtbewusstsein und Nationalsozialismus« ist die Rede und davon, dass Johannesson sich in dem Buch in aller »Klarheit und Offenheit« mit der Nazizeit auseinandergesetzt habe. Was aber ist dran an so viel Lob und Ehrenbezeugung?

Die Analyse der »Erinnerungen« bringt Erstaunliches zutage und steht in einem fundamentalen Gegensatz zu den wissenschaftlich drapierten Behauptungen der Marineführung. Vor allem ist bemerkenswert, was Johannesson verschweigt oder beschönigt. Jakob Knab hat es in seinem neuen Buch ausführlich vor Augen geführt, aber einiges davon sei hier wiedergegeben.

was zur Zeit in der Ukraine geschieht. Des weiteren haben sie durch ihre »Siegfrieden«-Parolen und Annexionsforderungen den Krieg unnötigerweise und bis zur Erschöpfung aller Kräfte geführt, statt sich im Herbst 1917 zu einem Verständigungsfrieden bereitzuerklären. Auch Ludendorffs Beteiligung am Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920 erwähnt Johannesson mit keiner Silbe.

Seine Methode, die er in seinen »Erinnerungen« und Reden anwandte, ist, alles Unrühmliche, Unangenehme und Belastende dem Blick zu entziehen und mit gedanklichen Ausflügen in die Kriegsgeschichte der Antike zu garnieren bzw. zu umhegen. Auf diese Weise legt er dem Leser seine Sichtweise auf Personen oder historische Ereignisse nahe und versucht, ihn zu manipulie-

# Selbstreinigender Saubermann

Machte sich nachträglich zum Gegner des Naziregimes, war aber keiner. Der Marineoffizier Rolf Johannesson, der in der Bundesmarine als traditionswürdig gilt. **Von Helmut Donat**

folgten die Bundestagsabgeordneten der Entscheidung der Marineführung, die von Johannesson nicht lassen will. Doch der eignet sich, anders als Vizeadmiral a. D. Wolfgang Nolting glauben machen will, nicht, als »Vorbild und Mittler von Werten im Sinne einer deutschen Marinetradition« geehrt zu werden.

Anders ist das Schicksal von Alfred Kranzfelder einzuschätzen. Kranzfelder gehörte dem Oberkommando der Kriegsmarine an und schloss sich im Herbst 1943 dem Widerstandskreis der Brüder Stauffenberg an. Nach dem Attentat auf Hitler sollte er wichtige Schaltstellen der Marine übernehmen und kontrollieren. Er überbrachte die Nachricht von einem in Berlin umgehenden Gerücht, dass »in der nächsten Woche das Führerhauptquartier in die Luft gesprengt werden« solle. Kranzfelders Information habe Stauffenberg zu raschem Handeln bewogen. Nach seiner Verhaftung und Verurteilung zum Tode ist der Marineoffizier am 10. August 1944 in Plötzensee erhängt worden.

## Posthume Ehrenbezeugung

Dass der Streit um die Traditionswürdigkeit Johannessons noch längst nicht an sein Ende gelangt ist, verdeutlicht das soeben von Jakob Knab herausgegebene Buch »Helden« der Vergangenheit? Zum Elend der Traditionspflege in der Bundeswehr«. Die Autoren, zu denen u. a. die Militärhistoriker Detlef Bald und Wolfram Wette, Jakob Knab selbst und der Verleger des Buches zählen, belegen in ihren Beiträgen, dass sich nicht nur Johannesson, sondern auch Paul von Hindenburg und der sogenannte Wüstenfuchs Erwin Rommel keineswegs hervorgetan haben, um als Leitfiguren der Bundeswehr zu gelten, die, so der Traditionserlass von März 2018, »freiheitlichen und demokratischen Zielsetzungen verpflichtet ist«.

Rolf Johannesson (1900–1989) diente während der Nazizeit in der Kriegsmarine und war von 1957 bis 1961 Befehlshaber der Flotte der Bundesmarine. Er genoss großes Ansehen. 2017 stellte man eine Büste von ihm auf, ein Geschenk der Marine-Offizier-Vereinigung (MOV). Die zeichnete 2016 auch verantwortlich für den unveränderten Nachdruck der Ausgabe von Johannessons 1989 erschienenen Erinnerungen »Offizier in kritischer Zeit«. Darin erklärte die

Die Traditionalisten in der Marine verkennen, dass Johannessons Geschichtsklitterungen dem Geist des Traditionserlasses von 2018 widersprechen. Oder kommt ihnen seine Entsorgung der Vergangenheit so sehr entgegen, dass sie seine verzerrte Darstellung der Realität begierig aufsaugen? Dem Anschein nach finden sie nichts dabei, dass Johannesson kein Wort verliert über Holocaust und Vernichtungskrieg, die Wehrmachtsverbrechen und die Brutalität des Naziregimes. Das alles gibt es bei ihm nicht – oder fällt der Verharmlosung anheim.

## Bewunderer Ludendorffs

Johannesson trat im Juli 1918 als Seekadett in die Kaiserliche Marine ein. Nach dem Krieg absolvierte er eine Banklehre und studierte zugleich an der Berliner Universität. Seine Vorbilder dort waren der Kriegsenthusiast und -prediger Reinhold Seeberg und der Nationalökonom Werner Sombart. Als Vertreter völkischer Gesinnung trugen sie dazu bei, den Nazis den Weg zu ebnen. Ebenso bewunderte er Admiral Reinhard Scheer, den Sieger der legendären Skagerrakschlacht (1916). Kein Wort darüber, dass Scheer Ende August 1917 die Todesurteile gegen die Matrosen Albin Köbis und Max Reichpietsch wegen deren vermeintlicher Rädelsführerschaft bei einer Rebellion bestätigte – ein Justizmord, was die Spatzen schon in den 1920er Jahren von den Dächern piffen.

Zu Johannessons Heldengalerie gehörte neben Hindenburg auch Erich Ludendorff. Als dieser an der Universität einen Vortrag hielt und mittendrin zusammenbrach, war Johannesson »tief« berührt und »empfand warmes Mitgefühl mit dem Mann, auf dessen Schultern gleich Atlas die Erdkugel gelegen hatte«. Nichts sagt er zu ihm und Hindenburg als Militärdiktatoren der dritten Obersten Heeresleitung, in der beide ebenso die Verantwortung für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg wie für die Kriegsverbrechen im Frühjahr 1917 trugen, als durch die Frontbegradigung an der Somme unter dem Deckwort »Alberich-Bewegung« eine riesige Kulturlandschaft dem Erdboden gleichgemacht, alle Dörfer und Städte systematisch zerstört, die Bäume entwurzelt und etwa 150.000 Bewohner deportiert wurden – eine Verwüstungsorgie, weit über das hinausgehend,

ren. Über Hermann Göring schreibt er z. B. nur, dass ihm dessen »kleine, kurzen Finger« nicht gefielen. Nichts über dessen Schandtaten.

Ähnlich geht er mit Eduard Dietl um, Kommandeur von Gebirgsjägertruppen, den er als Held von Narvik vorstellt, dessen Nähe zu Hitler als »Geburtshelfer des Dritten Reiches« aber ebenso weglässt wie dessen Würdigung durch Hitler im Tagesbefehl der Wehrmacht vom 1. Juli 1944: »Als fanatischer Nationalsozialist hat sich Generaloberst Dietl in unwandelbarer Treue und leidenschaftlichem Glauben seit Beginn des Kampfes unserer Bewegung für das Großdeutsche Reich persönlich eingesetzt.« Erich von Manstein, Befehlshaber von Armeen und Heeresgruppen, gerät zum genialen Strategen, makellosen Heerführer und Kriegshelden. Von dessen Kriegsverbrechen erfährt der Leser nichts etc. etc.

## Kriegsverbrecher

Seit Herbst 1932 Kommandant des Torpedobootes T 190, begrüßte Johannesson das Naziregime als »Auferstehung Deutschlands« – ein Zugeständnis, das ihn nichts kostete, haben es doch viele Militärs auch so gesehen. Mit der Darstellung seiner eigenen Haltung geht er gleichfalls reinwaschend um und vermittelt so von sich das Bild eines »Saubermannes«. Seit 1934 in der Abwehrabteilung des Reichswehrministeriums, übernahm er später die Leitung der Sabotage- und Spionageabwehr der in Salamanca stationierten »Legion Condor«. Für seinen Einsatz bei der Unterstützung der Franco-Putschisten erhielt er das von Hitler gestiftete »Spanienkreuz« in Silber. Einer der Schwerpunkte der Spionageabwehr war die Verfolgung der in den Internationalen Brigaden gegen Franco kämpfenden Deutschen. Nichts erfährt der Leser über die Vereinbarung mit der spanischen Militärpolizei, die Gefangenen an die Geheime Feldpolizei auszuliefern. Einige von ihnen sind nach grausamen Verhören bereits in Spanien ermordet, die meisten ins Reich verschleppt und in Konzentrationslager gesperrt worden.

Im Zweiten Weltkrieg war Johannesson als Kommandant des Zerstörers »Hermes« u. a. im Mittelmeer unterwegs. Im Herbst 1942 übernahm er, wie er es nennt, »Sonderaufgaben nach Saloniki«. Nichts berichtet er von dem Elend und

Auf großer Fahrt. Der Marineoffizier Rolf Johannesson feierte das Naziregime als »Auferstehung Deutschlands« und bestätigte als Gerichtsherr noch im April 1945 Todesurteile gegen »Verräter« und »Saboteure« (zeitgenössische Propagandapostkarte)



MAGG/AR/VI

der Besatzungsherrschaft in dem Land. Dabei wurden vom Hafen in Saloniki Juden in Viehwaggons in das Vernichtungslager Treblinka transportiert. Statt dessen führt er dem Leser erklärend vor, wie er, der »Krieger auf klassischem Boden«, »mit der griechischen Kultur, mit Landschaft und Kunst als Zerstörerkommandant in lebendige Verbindung gekommen« sei.

An einem der größten Kriegsverbrechen war Johannesson mindestens indirekt beteiligt. Um die Abriegelung von Leningrad – der Blockade (1941–1944) fielen 1,6 bis zwei Millionen Menschen zum Opfer – abzusichern, war er mit seiner Zerstörerflottille dabei, einen britischen Geleitzug mit wichtigem Nachschub anzugreifen. Mehr noch. Er bedauerte es ausdrücklich, dass sein Vorschlag, »mich mit möglichst vielen Zerstörern auf die Murmansk-Geleite anzusetzen«, abgelehnt worden war. Über die Opfer von Leningrad keine Silbe von Johannesson.

Nichts verlautet er darüber, dass und warum er sich 1943 als Marineadjutant Hitlers bewarb, um als hochdekoriertes Frontoffizier »frische Luft in die Etappenatmosphäre am Hofe Hitlers« zu bringen. Wie dazu seine Aussage passen soll, er sei seit 1934 »ein Gegner des Nationalsozialismus« gewesen, ist nicht nachvollziehbar; sie klingt aufgesetzt und unglaubwürdig. Bedenkt man noch, dass er sich in das ihm von Hermann Göring geschenkte Zigarettenetui seine spätere Funktion »Befehlshaber der Marine« eingravieren ließ, so ist das wohl kaum als »Jugendstunde« zu betrachten. Oder will man behaupten, dass ein wirklicher Gegner des Naziregimes wie Alfred Kranzfelder einen solch devotionalen Umgang mit dem Göring-Etui gepflegt hätte?

Nach seiner Kriegsgefangenschaft stellte ihn Martin Niemöller, im Ersten Weltkrieg U-Boot-Kommandant und mit Johannesson durch seinen jüngeren Bruder verschwägert, 1947 als »Privatsekretär« im Kirchlichen Außenamt der EKD an. Johannesson nutzte die Zeit und die Familienbande, seine alten Marinebeziehungen zu einem Netzwerk auszubauen. Wie Detlef Bald ermittelte, strickte Johannesson nicht nur an der Legende von der »sauberen Wehrmacht« mit; er und Niemöller säten im Namen der Kirche und im Geiste christlichen Verzeihens Zweifel an der Verurteilung ehemaliger »Kameraden« durch alliierte Gerichte. Ihr Ziel dabei war die »Ehre« der »sauberen Wehrmacht«, ihre Absicht



die Entkriminalisierung der Täter. Dabei ist von »Siegerjustiz« und von »sogenannten Kriegsverurteilten« die Rede. Johannesson stellte nicht nur die Legalität der Verfahren in Frage, er charakterisierte das »Leiden« der in Spandau, Landsberg, Werl und Wittlich einsitzenden »einstigen militärischen Vorgesetzten« als »stellvertretend für uns« – und machte damit aus Tätern Opfer. Mehr noch. In einem Vortrag vom 22. Mai 1951 hob er die Kriegsverbrecher mit folgenden Worten in eine Sphäre überirdischer Existenz: »Ihr Handeln ist zum größten Teil menschlichen Richtern überhaupt nicht zugänglich.«

### Eingebildeter Nazigegner

Im Herbst 1944 wandte sich Johannesson in einer Offizierssitzung gegen einen Vortrag, den Reichsführer SS Heinrich Himmler bei einer Befehlshabertagung in Bad Schachen gehalten und in dem er sich für den Raub von Kindern »rassisch sehr guter Typen« ausgesprochen hatte. Um »dieses Blut (nicht) drüben zu lassen, damit unsere Gegner fähige Führer und fähige Kommandeure bekommen«, so Himmler weiter, gebe es nur die Alternative: »Entweder wir gewinnen das gute Blut, das wir verwerten können und ordnen es bei uns ein oder, meine Herren – Sie mögen es grausam nennen, aber die Natur ist grausam –, wir vernichten dieses Blut.« Johannesson will das abgelehnt und dem SS-Führer später mit den Worten widersprochen haben, »dass der nationale Zweck nicht alle Mittel heilige, nämlich nicht Verstöße gegen die göttlichen Gesetze und gegen die Menschenwürde.« Es fragt sich, hat er nach der von ihm selbst erklärten ethischen Richtschnur oder aus niederen Beweggründen gehandelt?

Im November ernannte Admiral Dönitz Johannesson zum »Seekommandant Elbe- und Wesermündung«. Damit war er zuständig für den Bau des U-Boot-Bunkers »Valentin« in Bremen-Farge und damit auch für die KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter. Sie wurden nach dem Prinzip »Vernichtung durch Arbeit« eingesetzt. Für sie galt die von Johannesson in Anspruch genommene »Menschenwürde« nicht.

Nach seiner eigenen Erinnerung war Johannesson spätestens seit November 1944 klar, dass der Krieg verloren war und nicht mehr lange dauern würde. Daher habe er »unsinnige Befehle wie die

Überschwemmung und Versalzung des Landes durch Öffnung der Deiche, die Zerstörung von Bauernhöfen zum Freimachen des Schussfeldes, das Sprengen der Wellen der in Wesermünde liegenden Schiffe« nicht ausgeführt. Bei einer Besprechung mit Vertretern des Regierungspräsidenten in Stade sowie »einigen Parteigrößen« will er seine Befehlsverweigerung mit den Worten begründet haben, »ich sei zum Schutze, nicht zur Zerstörung deutschen Landes angestellt«. Eine merkwürdige Erklärung, wenn man sich vor Augen hält, dass ihn die Versklavung der Zwangsarbeiter im Bunker »Valentin« nicht interessiert hat.

In der vom Endsiegterror der Nazis geprägten Schlussphase des Zweiten Weltkrieges bestätigte Johannesson am 21. April 1945 in seiner Funktion als militärischer »Gerichtsherr« die Todesurteile gegen sechs Soldaten und einen Zivilisten. Dabei missachtete er das Gnadengesuch des Marinepastors. Zwei der Militäropfer sind aufgrund von Bagatelldelikten erschossen worden. Die anderen waren widerständige Soldaten und ein Zivilist. Aus Heimatverbundenheit hatten sie den Versuch unternommen, die Insel Helgoland vor der Zerstörung durch die britische Luftwaffe zu retten. »Nach dem Kriege«, so Wolfram Wette, »schwieg Johannesson seine Fehlleistung tot, zeigte keine Reue und schlug statt dessen den hohen Ton des moralischen Wertes der Wahrhaftigkeit an.«

### Todesrichter

Vor Legenden in der Causa Johannesson bewahrt zu haben, ist vor allem das Verdienst der Historikerin Astrid Friederichs. Mit ihrem Buch »Wir wollten Helgoland retten. Auf den Spuren der Widerstandsgruppe von 1945« (2010) hat sie einen bis dahin undurchdringlich erscheinenden Schleier gelüftet und sich von Johannessons ins »Eismeer der Geschichte« (Theodor Lessing) geworfenen Nebelkerzen nicht beeindruckt lassen. Statt dessen würdigt sie die Opfer und deren gegen den Krieg, das Naziregime, die Wehrmachtsführung und ihre Vorgesetzten gerichteten Widerstand. Zudem hat sie einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, den und die Täter beim Namen zu nennen.

Am Ende ihres Buches druckt sie den »Bericht des Konteradmirals a. D. Rolf Johannesson«

vom 16. November 1953 ab, in dem der die Gründe erklärt, wonach die Todesurteile unbedingt zu vollstrecken gewesen seien. Darin heißt es: »Für die Entscheidung über eine Bestätigung des Todesurteils war der Gesichtspunkt ausschlaggebend, dass eine Nichtbestätigung ein Anreiz für Teile der Festungsbesatzung sein würde, sich in weitere Verschwörungen einzulassen, um damit den als gefährlich geltenden Posten auf der Insel zu verlassen und das Kriegsende in einem Gefängnis auf dem Festland abzuwarten.« Wie fragwürdig, selbstgerecht und der eigenen Entlastung dienend seine Erklärung ist, führt Johannesson uns in seinen »Erinnerungen« selbst vor Augen. Die Niederlage hielt er schon Monate zuvor für unausweichlich. Zudem unterstellt Johannesson den Verurteilten selbst noch 1953, sie hätten ihre Taten begangen, um ins Gefängnis zu kommen und so den Gefahren des Krieges zu entgehen. Damit erklärt er sie nicht zuletzt im Sinne der Nazijustiz zu »Drückebergern«.

Die »Verschwörung« von Georg E. Braun, Karl Fnouka, Erich Friedrichs, Kurt Pester und Martin Wachtel war eine Verzweigungstat, zugleich aber auch von einer zukunftsweisenden Einsicht geprägt, die zeigte, dass sie dem Krieg und dem Naziregime den Rücken zugekehrt hatten und einen neuen Anfang wagten. Von einer solchen Haltung war Johannesson meilenweit entfernt. Indem er sie dem Tod überantwortete, hielt er sich selbst im Sinne des NS-Systems schadlos.

»Jeden Tag«, behauptet er, »warteten wir auf ein Signal aus Berlin, dass Schluss gemacht werde. Es gab aber nur Durchhalteparolen.« Folgt man seiner Schilderung, so rechnete Johannesson seit etwa Mitte April 1945 täglich mit dem Einstellen der Kampfhandlungen bzw. einer Kapitulation. Erneut erweist sich die von ihm erinnerte Stimmungslage als nicht glaubwürdig, sondern als vorgeführt und geschönt. Just in jenen Tagen, als er die wegen »Kriegsverrat« zum Tod verurteilten Angeklagten und Vorwürfe bestätigte, will er frei von jedweder »Durchhalteparole« gewesen sein?

Am Morgen des 21. April 1945 bestätigte Johannesson zwei weitere, von ihm später ebenfalls verschwiegene Todesurteile, die noch am selben Tag vollstreckt worden sind. Betroffen waren der Matrose Wilhelm Reinhardt und der Heizer und Maschinist Joachim Edel. Reinhardt, 28 Jahre alt und jung verheiratet, gehörte der 11. Vorpostenflottille »Flakjäger 23« an. Er soll sich auf die Geburt seines ersten Kindes sehr gefreut haben. Edel diente in der 21. Minensuchflottille auf »M 323«, war Jahrgang 1921 und wie Reinhardt am 6. April 1945 verhaftet worden. Die Gründe, weshalb sie sich vor einem Kriegsgericht verantworten mussten, sind unklar. Offenbar ging es um banale Straftaten. Auskunft dazu gibt Georg Meier, ein Kamerad von »Flakjäger 23«, in einem Brief an die Tochter von Wilhelm Reinhardt vom 23. August 1966. Darin heißt es: »Zu Ihrem Vater hatte ich ein freundschaftliches Verhältnis. (...) Er hatte eine Schrotflinte und ging immer auf Entenjagd. Vom Borddienst war er dann immer befreit. (...) Ihr Vater hat keine Schuld auf sich geladen. Das Urteil und sein Tod ist einer der sinnlosesten Tode dieses Krieges.«

Auch in diesen Fällen hat Rolf Johannesson gegen die von ihm im nachhinein für sich reklamierten »göttlichen Gesetze und die Menschenwürde« verstoßen. Er hat zwei im blühenden Leben stehende Angehörige der Marine töten lassen – und über seine Verantwortung dafür nie ein Wort verloren. Wie hatte doch Georg Meier über Wilhelm Reinhardt geschrieben: »Er war ein sehr guter Mensch.«

Dem Fass den Boden aus schlägt die Erklärung von Fregattenkapitän und Historiker Guntram Schulze-Wegner in seinem 2021 herausgegebenen Buch »Kurs Marine – Tradition, Werte, Selbstverständnis«. Zwischen 1999 und 2013 Redakteur im Pabel-Moewig-Verlag und u. a. verantwortlich für die kriegsverherrlichende und den Mythos von der »sauberen Wehrmacht« propagierende Hefreihe »Der Landsker«, behauptet er: »Die Schuld, (...) in seinem Befehlsbereich kurz vor Kriegsende fünf Todesurteile gegen Widerständler bestätigt zu haben«, sei Johannesson zur »moralischen Pflicht« geworden, sich »für eine bessere Marine in einem besseren Deutschland« einzusetzen. Paperlapapp. Seine Tat hat er nie bereut, sondern gerechtfertigt. Folgt man Schulze-Wegeners Interpretation, so war Johannesson

ein »Widerständler«, der andere Widerstandskämpfer hinrichten ließ. So einer ein Vorbild?

### Moralische Zumutung

Die Frage nach der Traditionswürdigkeit einer Persönlichkeit in der Bundeswehr ist eine ernste Angelegenheit. Johannesson weiter zu ehren, hieße den Bock zum Gärtner machen und jene zur Leitfigur zu erheben, die selbst noch in den letzten Tagen des Krieges der Mordpraxis des Naziregimes gefolgt sind. Zu einem ähnlichen Ergebnis ist auch Fregattenkapitän a. D. Dieter Hartwig, einstmals ein enger Mitarbeiter und Vertrauter von Johannesson, in seiner Schrift über ihn gelangt. Doch auch das focht die Marineführung bislang nicht an.

Die Richtlinien des Bundesverteidigungsministeriums zum »Traditionsverständnis und zur -pflege« von Ende März 2018 bestimmen, dass die »Wehrmacht als Institution nicht traditionswürdig« ist. In seinen »Erinnerungen« hat Johannesson die Verbrechen der Wehrmacht sämtlich und bewusst verschwiegen bzw. unter den Teppich gekehrt. Dass Offiziere nach wie vor vehement auf der Büste von Johannesson in der Aula der Marineschule Mürwik beharren, ist ein öffentliches Ärgernis, ja ein Skandal. Denn es ist nichts weniger als ein Verstoß gegen die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie.

Gleiches gilt für das Festhalten an Paul von Hindenburg, dem Totengräber der Weimarer Demokratie, und dem Nazikriegshelden Erwin Rommel. Auch deren militärisches und politisches Wirken steht nicht im Einklang mit dem Traditionserlass von 2018. Hindenburg ernannte Hitler zum Reichskanzler und kollaborierte mit den Nazis. Dennoch gibt es in Munster noch immer eine Hindenburg-Kaserne; der Namensgeber gilt als traditionswürdig, angeblich auch als sinnstiftend wie identitätsbildend. Offenbar sterben die »Hindenburg-Deutschen« nie aus.

Und entgegen der langlebigen Legende stand Rommel, wie Wolfram Wette darlegt, nicht im Widerstand gegen das Nazisystem. Wohl aber war er an Kriegsverbrechen, so in Italien, beteiligt, blieb Hitler bis zum Schluss treu ergeben und eignet sich daher nicht als Vorbild im Sinne der Werteorientierung des Grundgesetzes. Statt die Kritik an Johannesson, Hindenburg und Rommel einfach weiter wegzuschieben und sich auf fragwürdige »Neubewertungen« zu berufen, sollte die Bundeswehr den Traditionserlass endlich in die Tat umsetzen. Die Büste von Rolf Johannesson ist zu entfernen. Will man weiter an ihr festhalten, so doch zumindest mit dem Hinweis, dass Johannesson über Persönlichkeiten wie Alfred Kranzfelder im September 1951 geurteilt hat: »Für Hochverrat, für Landesverrat, für Eidbrecher ist kein Platz in der Wehrmacht.« Ein Leser des *Flensburger Tageblatts* spricht in der Ausgabe vom 18. August 2023 von einer »moralischen Zumutung«. Und: Das Bild der Marine in der Öffentlichkeit sei »blamabel«. Recht hat er.

### ■ Literatur

– Jakob Knab (Hg.): »Helden« der Vergangenheit? Zum Elend der Traditionspflege in der Bundeswehr – Rolf Johannesson, Paul von Hindenburg, Erwin Rommel. Mit Beiträgen von Detlef Bald, Heinrich Böll, Helmut Donat, Hermann Fricke, Jakob Knab und Wolfram Wette (Schriftenreihe Geschichte und Frieden, Bd. 51), Donat-Verlag, Bremen 2023

– Astrid Friederichs: Wir wollten Helgoland retten. Auf den Spuren der Widerstandsgruppe von 1945, Museum Helgoland, 5. Auflage 2018

– Dieter Hartwig: Rolf Johannesson (1900–1989). Ein belasteter Admiral und die umstrittene Traditionspflege der Bundeswehr, Eigenverlag, Kiel 2022

■ Helmut Donat schrieb an dieser Stelle zuletzt am 10. Dezember 2022 über den Maler und Schriftsteller Heinrich Vogeler.

### ■ Lesen Sie morgen auf den iW-Themaseiten:

## Fortschritt oder Ärgernis? Über Robo-Taxis

Von Timo Daum

## ■ Foto der Woche: Alte Mauer



Foto: Feren Castillo/PAVI/Handout via REUTERS

Nicht nur Dagobert Duck buddelte auf der Suche nach Gold in antiken Inkafestungen herum, wie Carl Barks einst berichtete. Im Norden Perus wurde unlängst von Archäologen eine mehrfarbige Mauer entdeckt, die vermutlich über 4.000 Jahre alt ist und Teil eines zeremoniellen Tempels gewesen sein könnte. Die Mauer war erstmals im Jahr 2020 Bauern bei Erntearbeiten aufgefallen, woraufhin eine ausgedehnte Ausgrabung stattfand, um ihren Ursprung zu ermitteln, sagte der Archäologe Feren Castillo, Leiter eines Forschungsprojekts in der Küstenregion La Libertad.

»Drei Jahre später erprobten wir ein neues Verfahren zur Altersbestimmung (...) Inzwischen sind wir sicher, dass es sich um ein Gebäude aus der präkeramischen Periode (der Anfangszeit der Andenzivilisationen) vor 4.000 bis 4.500 Jahren handelt«, versicherte der Experte. Die Überreste des antiken Gebäudes wurden im Viru-Tal, etwa 480 Kilometer nördlich von Lima, entdeckt. Die Mauer ist schätzungsweise drei Meter hoch und zeigt dreieckige geometrische Linien mit gelegentlichen Rot- und Gelbtönen. (aha)

## ■ Medien

### NACHSCHLAG

#### ■ Generation Crash | ARD-Mediathek Hass und Gewalt

Viele fühlten sich um 2015, als es vermehrt zu rassistischen Ausschreitungen und Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte kam, an die frühen 1990er Jahre erinnert. Aber in vielen Gebieten der qua Treuhand entindustrialisierten sogenannten neuen Bundesländer waren die »Baseballschlägerjahre« auch nach der Jahrtausendwende noch nicht vorbei. Welche prägende Wirkung Gewalt und Rassismus auf die letzte Generation der noch in den späten 1980er Jahren in der DDR Geborenen hatten, untersucht die zweiteilige Doku »Generation Crash – Wir Ost-Millennials«. Man darf sich von dem an das Phänomen Crash-Kids erinnernden, ungelungen Titel nicht auf die falsche Fährte locken lassen: Die mit teilweise verstörendem zeitgenössischen Videomaterial versehene Doku, in der neben anderen die Soziologin Katharina Warda und der Rapper Testo von Zugezogen Maskulin zu Wort kommen, ist glänzend gemacht, auch weil sie auf die sattsam bekannte Erklärung, die DDR sei schuld, bewusst verzichtet. Absolut sehenswert. (row)

### VORSCHLAG

#### Helen Mirren – Eine königliche Schauspielerin

Letztmals hörte man sie in ihrer Rolle als Erzählinstanz in »Barbie« (2023), sah sie aber gar nicht: Helen Mirren hatte sich nie den Ruf der objektivierten Sexqueen Hollywoods aneignen wollen. Er wurde ihr einst übergestülpt; widerlich, zumal Mirren Überlebende einer Vergewaltigung ist. Die 1945 in London als Helen Lydia Mironoff geborene Schauspielerin kam von der Theaterbühne. Frauenfiguren in den Dramen Shakespeares zu geben, mochte sie auf die vielen adligen Rollen vor der Kamera vorbereitet haben: 2006 spielte sie in »The Queen« Elisabeth II. F/L 2022. ■ Arte, 15.45 Uhr

#### Malcolm mittendrin Burning Man

Eine Kultfolge mit einem Kultfestival der Hippies: Die Familie macht einen Ausflug in die Wüste, um den großen Mann brennen zu sehen. Malcolm handelt dabei mit einer Esotante an, während Hal zum Kultobjekt gerät: Der geliebte Wohnwagen darf auf keinen Fall eine Schramme abbekommen! Die Wursthaarigen lieben den vorstädtischen Spießler, den er angeblich nur darstellt. USA 2005. ■ Comedy Central, 17.05 Uhr

FILMCOMPANY PICTURES - CHANNEL 4 TELEVISION CORPORATION



Eine königliche Schauspielerin:  
Helen Mirren als Elisabeth I. in einer britischen Serie aus dem Jahr 2005

men! Die Wursthaarigen lieben den vorstädtischen Spießler, den er angeblich nur darstellt. USA 2005. ■ Comedy Central, 17.05 Uhr

#### Hippos – Afrikas Flussgiganten

Sie schauen ja drollig und behäbig aus, aber Flusspferde sind in ihrem Revier hyperprotektionistisch, kommen galoppierend auf 30 Sachen und sind dem Fleisch, dass im Kampf an ihren Hauern hängenbleibt, nicht abgeneigt. Da nehmen auch Raubkatzen Reißaus. Über die Hippos in Botswanas Okavangodelta. A 2019. ■ 3sat, 17.45 Uhr

#### Re: Beichte und Luxusparty

Erstkommunion in Polen

Feiern wie Johannes Paul II.: In Polen übertreiben es manche Eltern, wenn es darum geht, die Erstkommunion ihres Sprosses zu begießen. Dann wird auch mal ein Schloss angemietet. D 2023. ■ Arte, 19.40 Uhr

#### Urlaub ohne Luxus – was für ein Luxus!

Früher nur etwas für die ganz hartgesottene Naturliebhaberinnen und -liebhaber, heute für viele bei klammer Kasse der einzige Weg, um sommers rauszukommen: Auf einem Biobauernhof bei Dassow in Meck-Pomm bezahlen die Gäste nichts für Kost und Logis. Dafür packen sie mit an. D 2023. ■ NDR, 20.15 Uhr

#### Ostwärts – Auf dem Wasser durch Masuren

Von Gdansk (Danzig) geht es durch Warmia und Mazury (Ermland-Masuren) bis zur Seenplatte – und das nicht in irgendeinem Kahn, sondern im gemütlichen Hausboot! Ahoj! D 2023. ■ HR, 21.00 Uhr

#### Die Brücke am Kwai

Sieben Oscars erhielt der Film von Regisseur David Lean, in dem britische Kriegsgefangene den Japanern eine strategisch wichtige Brücke bauen sollen. Doch was gebaut wird, kann man auch wieder einreißen. GB 1957. ■ 3sat, 22.25 Uhr

#### Constantine

In Gottes Augen hat John Constantine (hier mal nicht John Wick: Keanu Reeves) auf Ewigkeit verkackt, weil er dessen Schöpfung in Form von sich selbst umbringen wollte. Nun muss der Exorzist, der die Soldaten des Fürsten der Finsternis sehen kann, seine Schulden abarbeiten. Nach der DC-Comic-Serie »Hellrazer«. USA 2005. ■ RTL 2, 22.25 Uhr

#### Ohjaaa! – Sex lieben

Der Arbeitstag war schlauchend, und der Geruch nach Socke will selbst nach dem Duschgang nicht verfliegen. Dann legt man sich auch nicht gerade neben die zu zwei Fünfteln fertige Steuererklärung und wird mal eben so intim. Über das Liebemachen, wenn die Welt rotiert. D 2023. ■ One, 23.00 Uhr



## Bibliothek des Widerstands (Bände 28 bis 30) Diktatur und Widerstand in Chile

Salvador Allende und die Unidad Popular (Bd. 28), Diktatur und Widerstand in Chile (Bd. 29), Postdiktatur und soziale Kämpfe in Chile (Bd. 30)

Verlag 8. Mai/Laika Verlag, Bücher mit mehreren DVD, jeweils 24,90 Euro (zzgl. Versand)



Jetzt bestellen unter  
jungewelt-shop.de!

Erhältlich auch im *junge Welt*-Laden  
Torstr. 6, 10119 Berlin • Öffnungszeiten:  
Mi–Fr, 13–18 • Tel.: 0 30/53 63 55 68

Nachdem das Bundeskabinett vergangene Woche seinen Entwurf für ein Selbstbestimmungsgesetz beschlossen hat, haben bereits mehr als 10.000 Menschen eine Petition gegen die darin verankerte Diskriminierung unterzeichnet. Die neue Regelung soll das zu großen Teilen als verfassungswidrig eingestufte sogenannte Transsexuellengesetz aus dem Jahr 1981 ersetzen. Gestartet wurde die Petition von über 300 Frauenhäusern und Notruforganisationen, Verbänden sowie namhaften Einzelpersonen wie der Feministin Anne Wizorek. Sie erklärte in einer Pressemitteilung vom 23. August: »Die Regierungsfractionen haben jetzt die historische Chance, die gravierenden Probleme, auf die Fachverbände seit Beginn des Gesetzgebungsprozesses hingewiesen haben, zu beheben und die Forderung nach wirklicher Selbstbestimmung zu erfüllen.« Kritisiert wird, dass das Bundeskabinett die Narrative einer »lauten und transfeindlichen Minderheit« in das Gesetz aufgenommen habe. Der sogenannte Misstrauensparagraf soll gestrichen werden, so die Forderung.

Die nun im Gesetz festgehaltene Regelung zum Hausrecht bei Einrichtungen wie Schwimmbädern oder Saunen wird unter anderem vom Deutschen Juristinnenbund als unnötig und diskriminierend erachtet: Die Begründung suggeriere, »dass insbesondere trans Frauen eine potentielle Gefahrenquelle für andere Frauen darstellten, indem sie das Gesetz zum missbräuchlichen Eindringen in für sie nicht vorgesehene Räume nutzen würden«, hieß es bereits in einer ersten Stellungnahme zum Entwurf im Mai dieses Jahres. Nicht nur sei dies empirisch nicht belegbar, sondern gerade trans und nichtbinäre Personen seien von Gewalt und Belästigung betroffen. Und die Zahl der Betroffenen steigt: Wie das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Ende Juni mitteilte, ist die Zahl der registrierten Fälle von Hasskriminalität gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen weiter gestiegen. Demnach wurden 2022 im Unterthemenfeld »sexuelle Orientierung« 1.005 Straftaten (davon 227 Gewaltdelikte) und im Feld »geschlecht-



Deutlich mehr nötig: Forderung auf dem diesjährigen Berliner CSD zum Selbstbestimmungsgesetz (22.7.2023)

## Schöner Schein

Kabinettsentwurf zu Selbstbestimmung transgeschlechtlicher Menschen öffnet Diskriminierung und Gefährdung Tür und Tor.

Von Ina Sembdner

liche Diversität« 417 Straftaten erfasst, von denen es sich bei 82 um Gewaltdelikte handelte. Um diese Straftaten besser ahnden zu können, wurden »geschlechtsspezifische« sowie »gegen die sexuelle Orientierung gerichtete« Tatmotive als weitere Beispiele für menschenverachtende Beweggründe ausdrücklich in die Strafgesetze zu Hasskriminalität aufgenommen.

Das Bundeskabinett hat jedoch nicht nur (rechter) transfeindlicher Stimmungsmache nachgegeben, sondern auch dem Begehren des Bundesinnenministeriums. So berichteten Anfang Juli *The Pioneer* und *Welt*, dass das Ministerium von Nancy Faeser (SPD) »Sorgen« vorgetragen habe, dass Kriminelle das Gesetz missbrauchen könn-

ten. Dabei sollen die Einwände zuvor vom Bundeskriminalamt (BKA) an das Innenministerium herangetragen worden sein. Laut *Welt* habe es von dort geheißen, mit dem behördlichen Entstehen einer »neuen Person« und der Änderung von bisher ausgestellten Dokumenten entstände die Möglichkeit, sich polizeilicher Verfolgung zu entziehen.

Die »Bedenken« hatten Erfolg, was dazu geführt hat, dass alle Anträge auf Namens- und Personenstandsänderung nun automatisch an die jeweiligen Landes-kriminalämter, an das BKA sowie den Verfassungsschutz weitergeleitet werden sollen. »Selbst wenn die Anträge auf Namens- und Personenstandsänderungen im Moment nicht gespeichert

werden sollen, gibt es keine Garantie, dass es unter anderen politischen Konstellationen nicht doch noch dazu kommt«, warnte *jW*-Autorin und trans Aktivistin Janka Kluge in einem Beitrag ihres Blogs vor den nicht absehbaren Folgen für Betroffene. In dem Aufruf zur »Demo für ein echtes Selbstbestimmungsgesetz« diesen Freitag in Erfurt heißt es darüber hinaus: »Spätestens seit dem Bekanntwerden rechter Chatgruppen in eben diesen Ordnungsbehörden besteht die Sorge, dass über diese Information persönlichste Informationen in falsche Hände geraten könnten.« Das zu korrigieren hat der Bundestag nun Zeit bis November 2024, wenn der Gesetzentwurf von den Abgeordneten beschlossen werden soll.

## Femizid mit Ansage

Fall Nadera G.: Fehlender Gewaltschutz und unterlassene Hilfe haben Mord durch Exmann ermöglicht

Der Femizid an Nadera G. hat eine Welle der Solidarität ausgelöst, und sie hält weiterhin an. Sie wurde zum Opfer ihres Expartners – so wie viele Frauen zuvor. Mehr als hundert von ihnen sterben jedes Jahr in Deutschland durch die Hand ihrer Partner oder Expartner, nahezu jeden dritten Tag eine. Am 11. Februar wurde die 33jährige fünffache Mutter tagsüber von ihrem Exmann, mit dem sie 2015 aus Afghanistan nach Deutschland geflohen war, in Kormmarkt/Crimmitschau im Landkreis Zwickau vor den Augen ihrer Kinder ermordet. Das Verfahren vor dem Landgericht Zwickau wird Anfang Oktober fortgesetzt.

Im Fall dieses Femizids werde besonders deutlich, wie auf patriarchalen Rollenvorstellungen beruhende sexistische Besitzansprüche und fehlender Gewaltschutz sich auswirkten, erklärte Delal Atmaca, Geschäftsführerin Dachverbandes der Migrantinnenorganisationen Damigra e. V., diese Woche gegenüber *jW*. »Keine mehr! Der Mord an Nadera geht uns immer noch alle an!« fordert der Verband. Viele Frauenorganisatio-

nen appellieren an die Staatsanwaltschaft, auch in diesem Fall nicht in patriarchale Argumentationsmuster zu verfallen. Oft werde in Femizidprozessen argumentiert, dass die Tat das Ergebnis einer »intensiven Emotion«, einer »Beziehungstat« oder »Ausweglosigkeit« gewesen sei; statt dessen sei es angebracht, die Perspektive der ermordeten Frau einzunehmen und nachzuweisen, dass der Täter ihr kein selbstbestimmtes Leben zugestehen wollte, mahnt der Verband. Vor allem aber fordert Atmaca Prävention. Unterlassene Hilfe und fehlender Schutz durch den Staat und seine Institutionen hätten bewirkt, dass der Femizid an Nadera G. nicht verhindert wurde.

In einem Statement verwies der Verein »Wildwasser« im Zwickauer Land im Februar auf die »Fallstricke der Justiz« im Vorfeld der Tat. Der Verein begleitet Opfer von partnerschaftlicher und sexualisierter Gewalt und habe auch Nadera G. mehrere Monate lang begleitet, nachdem ihr Expartner ihr gegenüber gewalttätig geworden sei. Laut dem Verein sei der bestehende Gewalt-

schutzbeschluss durch das Familiengericht Zwickau aufgehoben worden, der präventive Schutz vor dem mutmaßlichen Täter wurde Nadera G. entzogen. Zugleich sei ihrem Exmann das Recht zugesprochen worden, seine Kinder jederzeit unbegleitet sehen zu dürfen. Ein gerichtlich zugelassener Besuch habe schließlich zum Femizid geführt.

Damigra fordert die Bundesregierung sowie die Landes- und kommunalen Regierungen dazu auf, die Istanbul-Konvention zum Schutz vor Gewalt an Frauen vorbehaltlos umzusetzen. Nach Artikel 31 gilt es sicherzustellen, dass die Ausübung des Besuchs- und Sorgerechtes nicht die Sicherheit eines Gewaltopfers oder der gemeinsamen Kinder gefährdet. Fehlende Plätze in Frauenhäusern dürfe es nicht mehr geben, so Damigra. Migrantinnen seien verstärkt häuslicher Gewalt, kulturellen Zuschreibungen und mangelnder Zugänglichkeit des Schutzsystems ausgesetzt. Nadera G. sei von strukturellem, institutionalisiertem Rassismus und Mehrfachdiskriminierung betroffen gewesen.

Atmaca kritisiert zudem das Verschleiern struktureller Gewalt gegen Frauen: Toxische Vorstellungen von Männlichkeit, Ehre und Stolz seien ein herkunftsunabhängiger Grund dafür, dass Männer zu Gewalttätern werden. An Rollenstereotypen müsse schon im Kindergarten und in der Grundschule gearbeitet werden, auch Erwachsene gelte es für Unterdrückungsstrukturen zu sensibilisieren, fordert die Geschäftsführerin.

Gitta Düperthal

ANZEIGE

## Studie: Ein Zehntel beim BKA sexuell belästigt

Stuttgart. Die Beschäftigten des Bundeskriminalamtes (BKA) schreiben laut einer Studie jeweils rund einem Fünftel ihrer Kollegen sexistische und rassistische Ansichten zu. Das geht aus einer am Donnerstag veröffentlichten Studie des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation in Stuttgart hervor. In einer Onlinebefragung von 1.843 der 8.121 BKA-Beschäftigten im September 2022 gab ein Zehntel an, im Job schon irgendwann einmal sexuelle Belästigung erlebt zu haben. Der Männeranteil im BKA liege bei rund 60 Prozent. BKA-Präsident Holger Münch sprach von »wertvollen Antworten« der Studie. Sie diene als »Grundlage für die Entwicklung praktischer Maßnahmen zur Stärkung unseres Miteinanders«.

(dpa/jW)

## Kanada warnt LGBTIQ vor Reisen in USA

Montréal. Die kanadische Regierung hat am Dienstag in die USA reisende LGBTIQ-Personen vor Risiken in einigen Teilen des Landes gewarnt. In einem auf der Webseite des Außenministeriums veröffentlichten Hinweis werden die betroffenen Reisenden aufgefordert, »staatliche und örtliche Gesetze und Richtlinien zu überprüfen«, die sie betreffen könnten. Bisher wurden Warnungen dieser Art vor allem für Länder veröffentlicht, die für eine Missachtung der Rechte von LGBTIQ-Personen bekannt sind, etwa Russland, Ägypten oder Uganda. Die Ankündigung erfolgt vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Anti-LGBTIQ-Hetze in den USA.

(AFP/jW)

## Blutspende ohne Diskriminierung möglich

Berlin. Homo- und bisexuelle Männer in Deutschland können künftig leichter Blut spenden. Das sieht eine Erneuerung der Blutspenderichtlinie der Bundesärztekammer vor, die am Montag in Kraft tritt. Die sexuelle Orientierung und die Geschlechtsidentität dürfen künftig keine Rolle mehr bei der Risikobewertung spielen, wie die Organisation am Donnerstag mitteilte. Unter anderem Schwuleneverbände hatten die bisherige Praxis als diskriminierend bewertet.

(dpa/jW)

**Fußball**  
**Nix Endgültiges**

**München.** Der unter Erfolgsdruck stehende Bundestrainer Hansi Flick setzt zum Start in die Saison mit der Heimeuropameisterschaft als Höhepunkt ein paar Zeichen. Im Aufgebot der deutschen Fußballnationalmannschaft für die Länderspiele gegen WM-Schreck Japan am 9. September in Wolfsburg sowie drei Tage später gegen den WM-Zweiten Frankreich in Dortmund fehlen etablierte Kräfte wie der Münchner Leon Goretzka, die Leipziger Timo Werner und David Raum sowie die Abwehrspieler Matthias Ginter vom SC Freiburg oder auch England-Legionär Thilo Kehrer. »Es ist nichts Endgültiges«, sagte Flick, er wolle nun »Reaktionen« sehen. (dpa/iw)

**Fußball**  
**Früher Schluss**

**Rio de Janeiro.** Nach dem Debakel bei der Weltmeisterschaft hat der brasilianische Fußballverband CBF Pia Sundhage (63) als Nationaltrainerin freigestellt. »Mit dem heutigen Tag beenden wir Pias Arbeit mit dem CBF«, wird Verbandspräsident Ednaldo Rodrigues in einer Mitteilung vom Mittwoch (Ortszeit) zitiert. Der Vertrag der Trainerin galt ursprünglich bis ins Olympiajahr 2024, doch nach dem enttäuschenden Vorrundenaus bei der vergangenen WM in Australien und Neuseeland endet Sundhages Amtszeit vorzeitig. Die Nachfolge solle in den kommenden Tagen geregelt werden, informierte der Verband. (dpa/iw)

**Fußballrealität**  
**Mamas Kummer**

**Madrid/Motril.** Der von einem Hungerstreik geschwächten Mutter des im Kusskandal suspendierten spanischen Fußballverbandschefs Luis Rubiales geht es wieder besser. Die Frau sei in der Nacht auf Donnerstag aus dem Krankenhaus in Motril im Süden des Landes entlassen worden, berichteten die Fachzeitung AS und andere spanische Medien übereinstimmend. Sie habe die Klinik in Begleitung ihres Sohnes verlassen, hieß es. (dpa/iw)

**Volleyball**  
**Sie kamen in Scharen**

**Lincoln.** 92.003 Fans kamen am Mittwochabend (Ortszeit) ins Memorial Stadium in Lincoln im US-Bundesstaat Nebraska, um das Collegevolleyballspiel der Nebraska Huskers gegen Omaha anzuschauen. Der alte Rekord stand bei 91.648 Zuschauern für das Champions-League-Duell zwischen den Fußballerinnen aus Wolfsburg und dem FC Barcelona im Camp Nou im April 2022. (dpa/iw)



# Keine Teilhabe

Der Kusskandal um den spanischen Fußballverbandspräsidenten Luis Rubiales ist mehr als ein Einzelfall. **Von Lara Schauland**

Die Fußballweltmeisterschaft der Frauen ist vorbei. Das spanische Team setzte sich im Finale mit 1:0 gegen die Engländerinnen durch und ist Weltmeister. Doch das erscheint im Rückblick fast nur als Nebensache. Bei der Siegerehrung in Sydney küsste der Präsident des spanischen Fußballverbands (RFEF), Luis Rubiales, eine der Spielerinnen, die 33jährige Jennifer Hermoso, auf den Mund. Auf diesen sexuellen Übergriff folgten, wie so oft bei sexualisierter Gewalt im Fußball, nicht nur Kritik und Empörung, sondern auch Victim blaming und Täterschutz.

Der RFEF sprang Rubiales unterstützend zur Seite. Er beschuldigte Hermoso, falsche Behauptungen aufzustellen, und drohte mit rechtlichen Schritten. Es wurden zudem Fotos und zuletzt ein Video veröffentlicht, die die Behauptung stützen sollten, dass der Kuss einvernehmlich und Hermoso aktiv daran beteiligt war. Der Verband veröffentlichte außerdem ein Statement, in dem auch Hermoso zitiert und der Vorfall heruntergespielt wurde. Offenbar ohne Wissen oder Einverständnis der 33jährigen.

Hinzu kam die Drohung des RFEF, die UEFA zu verlassen, falls Rubiales als Präsident abgesetzt würde. Das würde zum Ausschluss der spanischen Teams aus den europäischen Wettbewerben führen. Das ist auch eine indirekte Nachricht an Hermoso: Mache sie eine große Sache aus dem »Kuss«, müssten alle anderen Teams darunter leiden.

Rubiales verteidigte sein Verhalten bei der außerordentlichen Generalversammlung des Verbands in einer skurrilen Rede und kündigte an, dass er nicht zurücktreten werde, er sei schließlich das Opfer einer Hetzjagd. Weibliche Funktionäre wurden auf der Versammlung gezwungen, in der ersten Reihe zu sitzen, um den Eindruck zu erwecken, sie stünden zum Verbandschef. Die FIFA reagierte nach dieser Rede mit einer 90tägigen Suspendierung. Auch die oberste spanische Sportbehörde hat beim nationalen Sportgerichtshof die Suspendierung des 46jährigen beantragt. Alle Weltmeisterinnen kündigten einen Boykott an, wenn Rubiales nicht zurücktritt, auch viele einzelne Profis, Politikerinnen und Politiker sowie die norwegische Verbandschefin solidarisierten sich mit der Betroffenen. Rubiales' Mutter hingegen hat sich in einer Kirche eingesperrt und ist in den Hungerstreik getreten, um ihrem Sohn beizustehen.

Es mag niemanden wirklich überraschen: Sexismus und Misogynie sind inhärenter Teil des Fußballs. Die Probleme seien strukturell, hört man nun von allen Seiten. Doch was das bedeutet, bleibt vage.

Seit Beginn der Industrialisierung fand mit der zunehmenden Bedeutung der Geschlechterordnung in der Gesellschaft eine Unterteilung von produktiver und reproduktiver Arbeit statt, die das Fundament für das Bündnis von Kapital und Patriarchat bildet. Frauen wurden auf ihre häuslichen und

familiären Pflichten verwiesen und damit auch von den Rängen und Plätzen der Fußballklubs ausgeschlossen. Lange Zeit war der Frauenfußball in Verbänden verboten oder zumindest nicht gern gesehen. Als sich Frauen die Sphäre des Fußballs Anfang der 1970er Jahre nach und nach eroberten, wurde die nichtmännliche Version dieses Spiels noch als lächerlich und unästhetisch verunglimpft, um die bestehenden Männerbünde und Macht- und Herrschaftsverhältnisse abzusichern. Heute propagiert man, den Frauenfußball zwar zu fördern und sich Gleichberechtigung zu wünschen, die Realität sieht aber ganz anders aus. Frauenfußball ist vielerorts nicht mehr als ein Marketingprodukt.

Auch heute erfahren Frauen im Fußball systematische Benachteiligung und Ungleichbehandlung. Auf Funktionärs-ebene sind sie quasi gar nicht vertreten: Weniger als vier Prozent aller Führungspositionen im europäischen Profifußball sind von Frauen besetzt, 54 Prozent der WM-Spielerinnen erhielten keinen Gesundheitscheck vor der WM, zwei Drittel mussten unbezahlten Urlaub nehmen, weibliche Fußballprofis spielen häufig auf den schlechtesten Plätzen, mit schlechterem Equipment als ihre männlichen Kollegen. Männer verdienen als Profifußballer noch immer 50- bis 200mal mehr als Frauen. Wo also soll die Gleichberechtigung herkommen? Sexismus fängt nicht erst bei körperlichen Übergriffen an. Die vielen kleinen Grenzüberschreitungen bilden, genau wie die ökonomische Ungleichbehandlung der Frauen, den Nährboden für solche Übergriffe. Diese sind nicht mehr als die logische Konsequenz.

Die Strukturen, die Frauen im Fußball vorfinden, sind ungleich und ungerecht. Sie benachteiligen Frauen und basieren auf strukturellem Sexismus, tief verankerten Normen und Werten,

die ebendiese Unterschiede rechtfertigen sollen. Dazu kommt die ökonomische »rationale« Rechtfertigung: Weil Frauen im Fußball nicht soviel Geld generieren, können ihnen eben keine besseren Strukturen zur Verfügung gestellt werden: »Sollen sie sich doch einfach mehr anstrengen.« Aber warum Frauen weniger Geld einbringen, fragen sich die wenigsten. Sexistische Vorstellungen lassen den Frauenfußball vermeintlich unattraktiver erscheinen als den Fußball der Männer, aber auch die Tatsache, dass Frauenfußball lange verboten oder marginalisiert war, trägt dazu bei. Die Entwicklungszeit des Frauenfußballs ist wesentlich kürzer gewesen, die Bildung einer Fankultur, die den Sport ja mitproduziert und damit vermarktungstechnisch wertvoller macht, und entsprechender Strukturen ist nicht so einfach möglich. Diesen Teufelskreis durchbricht man nicht nur mit Awareness-Konzepten, Frauenquoten und Aufklärungskampagnen.

Während andere Lebensbereiche im Kapitalismus zu umkämpften Räumen wurden, in denen Frauen Teilhabe einfordern, stellt der Fußball eine der letzten Sphären traditionell hegemonialer Männlichkeit dar. Männer dominieren den Fußball nach wie vor, und sie verteidigen ihre Machtposition mit allen Mitteln. Rubiales ist kein Einzelfall. Wir erinnern uns an den Fall Benjamin Mendy vor ein paar Wochen, der diverse Frauen vergewaltigt haben soll, aber nun trotzdem weiter als Profi spielt, an die bekanntgewordenen Vorwürfe gegen den Sambischen Nationaltrainer Bruce Mwape während der WM, der Spielerinnen zum Sex gezwungen haben soll, oder an den ehemaligen Präsidenten des französischen Fußballverbands, Noël Le Graët, der nach Vorwürfen der sexuellen Belästigung einen Job bei der FIFA bekam. Der marktconforme Fußball kann und will keine gleichberechtigte Teilhabe.

## Alles im Lack ■ Beim Fananwalt. Von René Lau

Wer hätte gedacht, dass nach der in der letzten Kolumne diskutierten polizeilichen Prügelprämie Team Blau gleich am nächsten Spieltag wieder so viel liefern würde, dass man nicht umhinkommt, es abermals zu thematisieren. Sowohl Bundespolizei als auch die Landespolizeien zeigen praktisch an jedem Spieltag, was sie von Fußballfans halten. Anders ist das Verhalten der Bundespolizei und

der Hamburger Polizei beim Spiel des 1. FC Magdeburg auf St. Pauli nicht zu deuten. Es begann schon damit, dass die Blau-Weißen während der Hinfahrt von hochgerüsteten und auf Provokation ausgerichteten Beweissicherungs- und Festnahmeinheiten samt Hubschrauber begleitet und immer wieder erkenntnisdienlichen Behandlungen unterzogen wurden. Fans berichten dabei von der

Einschränkung einfacher Bürgerrechte. Nicht verwunderlich, dass auch der Empfang in der Hansestadt entsprechend war und sich eine polizeiliche Reiterstaffel die Ehre gab, die Fans aus dem bösen Osten zu empfangen. Team Blau konnte es dann im Stadion auch nicht lassen, sich uniformiert in den Fanblöcken aufzuhalten, und ging sogar so weit, mit der Kamera in den intimsten Stadionbereich vorzudringen, nämlich in die Gästetoiletten. Begründung war angeblicher Lackgeruch auf den Toiletten. Nach Aussagen der Gästefans

gab es den natürlich nicht. Als die Fans das Handeln der Polizei kritisierten und Fotos vom rechtswidrigen Handeln der Beamten machten, wurden diese bedrängt, keine Aufnahmen zu machen bzw. diese wieder zu löschen. Offensichtlich wollte man nicht gestört werden. All das sind Vorkommnisse, die nicht akzeptabel sind. Wenn die Polizei meint, Fußballfans seien Freiwild, das nach Belieben schikaniert werden kann, läuft etwas falsch im Rechtsstaat. »Sport frei!« vom Fananwalt.



**DIE TAGESZEITUNG**  
**junge Welt**

Herausgeberin: Linke Presse Verlags-, Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft junge Welt eG (Infos unter [www.jungewelt.de/lpg](http://www.jungewelt.de/lpg)). Die überregionale Tageszeitung junge Welt erscheint in der Verlag 8. Mai GmbH.  
Adresse von Genossenschaft, Verlag und Redaktion: Torstraße 6, 10119 Berlin  
Geschäftsführung: Dietmar Koschmieder, Peter Borak (stellv.)  
Chefredaktion: Stefan Huth (V.i.S.d.P.), Michael Merz (stellv.), Nick Brauns (stellv.)  
Verlagsleitung: Sebastian Carlens, Katja Koschmieder (stellv.), Produktionsleitung: Michael Sommer (-51)

**ZENTRALE:** 030/53 63 55-0  
**AKTION:** 030/53 63 55-10  
**ANZEIGEN:** 030/53 63 55-38  
**ABOSERVICE:** 030/53 63 55-81/82  
**LADEN/GALERIE:** 030/53 63 55-56  
**FAX:** 030/53 63 55-44  
**E-MAIL:** [redaktion@jungewelt.de](mailto:redaktion@jungewelt.de)  
**INTERNET:** [www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de)  
[facebook.com/jungewelt](https://www.facebook.com/jungewelt)  
[twitter.com/jungewelt](https://twitter.com/jungewelt)  
[instagram.com/jungewelt\\_insta](https://www.instagram.com/jungewelt_insta)

**Redaktion/Verlag** (Ressort-/Bereichsleitung, Durchwahl):  
**Wirtschaft & Soziales:** Raphaël Schmeller (-21);  
**Außenpolitik:** Ina Sembdner (-73);  
**Innenpolitik:** Nico Popp (-31);  
**Interview:** Marc Bebenroth (-34);  
**Feuilleton und Sport:** Peter Merg (-55);  
**Thema:** Daniel Bratanovic (-65);  
**Leserpost:** Maik Rudolph (-46/leserbriefe@jungewelt.de);  
**Bildredaktion:** Ivett Polyak-Bar Am (-40);  
**Layout:** Andreas Siegmund-Schultze (-45);  
**Online/Entwicklung:** Daniel Hager (-25);

**Aktion und Kommunikation:** André Kutschki (-86);  
**Aktionsbüro:** Claudia Uhlmann (-10);  
**/W-Laden:** Stefan Nitzsche (-37);  
**Anzeigen:** Elisabeth Nolte (-38);  
**Matgalerie:** (-54).  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.  
**Abonnements, Adressänderungen und Reklamationen:**  
Nora Krause (030/53 63 55-81/82),  
AVZ GmbH, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin, Fax: -44,  
E-Mail: [abo@jungewelt.de](mailto:abo@jungewelt.de)

**Abopreise Print:** Normalabo Inland mtl. 48,80 Euro; Sozialabo mtl. 32,80 Euro; Solidaritätsabo mtl. Euro 61,80; Abopreise Ausland (EU) wie Inland zzgl. 13,10 Euro/monat. Versandkostenzuschlag.  
**Abopreise online:** Normalabo mtl. 23,80 Euro; Sozialabo mtl. 15,80 Euro; Solidaritätsabo mtl. 33,80 Euro; Onlineabo für Printabonnenten mtl. 9,10 Euro  
**Bankverbindung:** Berliner Sparkasse (BIC: BELA3333)  
**Abokonto:** IBAN: DE03 1005 0000 0190 2523 08  
**Shopkonto:** IBAN: DE25 1005 0000 0190 7581 55  
**Anzeigenkonto:** IBAN: DE03 1005 0000 0190 7581 63

**Nutzungsrechte für elektronische Pressespiegel** erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH, Tel.: 030/28 49 30 oder [www.presse-monitor.de](http://www.presse-monitor.de).  
**Druck:** Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH, Art.-Nr. 601302/ISSN 041-9373, Storkower Str. 129, 10407 Berlin | Hürriyet A. Ş. Zweigniederlassung Dtschl., An der Brücke 20-22, 64546 Mörfelden-Walldorf